

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2021 12

COVID-19

Wie sich die Pandemie
auf Textilarbeiterinnen
auswirkt

IMPFSCHUTZ

Bei WTO-Gipfel muss
EU Aussetzung von
Patenten zustimmen

KLIMA

Glasgow-Beschlüsse
lassen stark bedrohte
Gemeinschaften im Stich



Migration unter Zwang

Editorial

- 3 **SABINE BALK**
In der Flüchtlingspolitik sind humane Lösungen dringend nötig

Magazin

- 4 **ANUP DUTTA**
Der diesjährige Welthunger-Index zeigt eine beunruhigende Entwicklung
- 5 **AENNE FRANKENBERGER**
Covid-19 hat die Situation von Textilarbeiterinnen verschlechtert
- 6 **BIMBOLA OYESOLA**
Frauen in Nigeria stehen vor einer doppelten Herausforderung
- 8 **HANS DEMBOWSKI**
Soziale Gerechtigkeit in afrikanischen Schulen
- 9 **IMPRESSUM / DASMANI LAARY**
Heutzutage in Ghana: hörbehinderte Kinder

Debatte

- 11 **MIRZA ALAS**
EU sollte WTO-Aussetzung von Impfpatenten unterstützen
- 12 **RONALD SSEGUJJA SSEKANDI**
Corona verschärft Ungleichheit in Uganda
- 13 **MIRA MANDAL**
Indien: Die größte Demokratie der Welt gilt mittlerweile als beschädigte Demokratie

- 14 **HANS DEMBOWSKI**
Klimagipfel COP26 hat Verwundbarste im Stich gelassen

Schwerpunkt: Migration unter Zwang

- 16 **HAMED SARFARAZI**
Meine Flucht von Herat nach Köln
- 18 **DAGMAR WOLF**
In Syrien gibt es keine Sicherheit für rückkehrende Flüchtlinge
- 19 **INTERVIEW MIT GERALD KNAUS**
Wie eine menschliche EU-Politik aussehen würde
- 22 **MARKUS RUDOLF**
Eritreische Flüchtlinge zwischen äthiopischen Fronten
- 24 **ISAAC SAGALA**
Kenias Regierung will große Flüchtlingslager schließen
- 25 **BEN EZEAMALU**
Binnenvertriebene in Nigeria
- 27 **IRIT EGUAVOEN**
Millionen Bewohnern von Slums droht permanent Räumung
- 29 **VIRGINIA MERCADO**
Die gefährliche Reise nach Norden in die USA
- 30 **RUKAMANEE MAHARJAN**
Als Sexsklavinnen ins Ausland verkaufte Frauen aus Nepal
- 32 **MAREN SUCHTA-PLATZMANN UND AMÉDÉ SCHMITZ**
Soziale Sicherungssysteme können helfen, Fluchtursachen zu bekämpfen und Fluchtbewegungen zu bewältigen

SCHWERPUNKT


Migration unter Zwang

Kriege, Krisen, Naturkatastrophen und wirtschaftliche Not zwingen immer mehr Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Betroffen sind meist Menschen aus armen Regionen, und sie stranden als Binnenflüchtlinge im eigenen Land oder in einem Nachbarland. Die wenigsten schaffen es nach Europa oder in andere wohlhabende Weltregionen. Letztere sind aber in der Pflicht, das Weltproblem Migration anzugehen und zufriedenstellende Lösungen für alle Seiten zu finden. Sonst verschärft sich die illegale Migration, und es kommt zu weiteren Toten an den Grenzen.

Titelseite: Flüchtlingslager Dadaab in Kenia.
Foto: picture alliance / dpa / Anna Kerber





 **Unser Schwerpunkt zum Thema Migration unter Zwang beginnt auf Seite 15. Er hat direkten Bezug zum 16. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.**

in denen weltweit gesehen immer noch die meisten Menschen Zuflucht finden, oft kein menschenfreundlicher Umgang mit den Schutzsuchenden statt.

Bessere Lösungen im Umgang mit Migration und Flucht zu finden ist kein triviales Unterfangen. Dennoch muss es wohlhabenden Staaten gelingen, einen besseren Umgang mit der Situation zu finden. Abschottung und Gewalt kann keine dauerhafte Lösung sein. Paradoxaerweise brauchen diese Staaten laut Arbeitsmarktexperten sogar dringend Zuwanderung. Die Gesellschaften schrumpfen und werden immer älter, weshalb der Bedarf an vielen Fachkräften vor allem in der Pflege oder im Handwerk nicht mehr mit heimischer Bevölkerung gedeckt werden kann. In der Gesundheits- und Altenpflege fehlen jetzt schon tausende Arbeitskräfte.

Die neue Bundesregierung scheint dieses Problem angehen zu wollen. Der Koalitionsvertrag enthält wichtige neue Regelungen, um Migration auch aus Nicht-EU-Staaten zu fördern.

Humane Lösungen gesucht

Wir können es seit Jahren regelmäßig in den Medien verfolgen: Kriege, Krisen und Naturkatastrophen zwingen Menschen in vielen Teilen der Welt zur Flucht oder Migration. Ob eine Wanderungsbewegung erzwungen oder freiwillig ist, lässt sich oft nicht genau definieren. Ohnehin sind Migrationsentscheidungen meist multikausal.

Wenn Krieg wie in Syrien herrscht oder die Regierung mit brutaler Gewalt regiert wie in Eritrea und in Myanmar, kann kaum von freiwilliger Migration die Rede sein. Wenn die Auswirkungen der Klimakrise Lebensgrundlagen zerstören, junge Leute keine Perspektiven finden und ganze Volkswirtschaften von Heimatüberweisungen abhängen, ist Freiwilligkeit auch höchst relativ. Die meisten Betroffenen würden wohl gerne in ihrer Heimat bleiben, wenn sie die Möglichkeit dazu sähen.

Ob die Unterscheidung zwischen „freiwillig“ und „erzwungen“ Sinn ergibt, zweifeln viele Experten an. Gleichwohl ist diese Unterscheidung rechtlich von großer Bedeutung, denn die Unterzeichnerstaaten der Genfer Flüchtlingskonvention sind zur Aufnahme und zum Schutz von Flüchtlingen verpflichtet, während sie über die Aufnahme von Migranten weitgehend souverän

entscheiden können. Juristisch relevant ist zudem, ob Grenzen überschritten werden. Binnenvertriebene genießen oft noch weniger Schutz als in andere Staaten Geflohene.

Westliche Staaten unterhöheln das Schutzprinzip jedoch bereits seit Jahren – derzeit am augenscheinlichsten an der EU-Grenze zwischen Polen und Belarus. Polen weigert sich, die vom belarussischen Regime an die Grenze gebrachten Flüchtlinge aus dem Nahen Osten ins Land zu lassen und zu prüfen, ob sie ein Recht auf Asyl in der EU haben. Polnische Grenzschützer halten verzweifelte Menschen mit Gewalt von der Grenze fern. Hilfsorganisationen dürfen nicht in die Grenzregion. Auch im Mittelmeer drängen Grenzschützer Boote voll mit Migranten aus Afrika seit Jahren mit Gewalt zurück, und in den Flüchtlingslagern auf griechischen und italienischen Inseln herrschen teils menschenunwürdige Zustände.

Es ist ein Skandal, dass die EU an ihren Außengrenzen geltendes Asyl- und Menschenrecht bricht und dass es dem Staatenbund seit Jahren nicht gelingt, humane Lösungen für die Situation zu finden. Ähnlich sieht es auch in anderen westlichen Ländern wie den USA oder Australien aus. Leider findet auch in vielen armen Ländern,



SABINE BALK
ist Redakteurin von **E+Z**
Entwicklung und Zusammen-
arbeit /D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Rukamane Maharjan lehrt Jura an der Tribhuvan-Universität in Kathmandu. Leser von E+Z/D+C erinnern sich vielleicht an frühere Beiträge von ihr. In dieser Ausgabe befasst sie sich mit dem Schicksal nepalesischer Mädchen und Frauen, die im Ausland in die Sexsklaverei verschleppt werden (Seite 30). Sie berichtet, dass sich zivilgesellschaftliche



Organisationen für Betroffene einsetzen. Wir freuen uns, dass Rukamane auch in Zukunft für uns schreiben wird. **SEITE 30**

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Beunruhigende Entwicklung

Der diesjährige Welthunger-Index (WHI) zeigt, dass sich die Lage verschlechtert. Es gibt verschiedene Faktoren, die Ernährungssicherheit gefährden.

Von Anup Dutta

Den aktuellen WHI-Prognosen nach wird weltweit das zweite Ziel für nachhaltige Entwicklung, „kein Hunger“, bis 2030 nicht erreicht. In 47 Ländern sieht es besonders schlecht aus. Dabei konnte der WHI die aktuell weltweit ansteigenden Lebensmittelpreise noch gar nicht berücksichtigen.

Als Haupttreiber von Hunger nennen die Autoren Konflikte, Klimawandel und die Corona-Pandemie. Der aktuelle Bericht bestätigt damit schon länger bekannte, beunruhigende Entwicklungen (siehe Gerd Müller in der Rubrik Debatte der digitalen Monatsausgabe von E+Z/D+C 2021/01).

Den jährlichen Bericht zu Hunger und Unterernährung verfassen zwei internationale zivilgesellschaftliche Organisationen: das in Irland ansässige Concern Worldwide und die Deutsche Welthungerhilfe. Colleen Kelly von Concerns US-Zweigstelle fordert „dringendes Handeln“, damit das Ziel nicht aus den Augen gerät.

Haupttreiber für Hunger sind gewaltsame Konflikte. Der WHI-Bericht weist

darauf hin, dass Konflikte viele negative Auswirkungen haben: Sie zerstören Ernährungssysteme, treiben Unterernährung und Kindersterblichkeitsraten in die Höhe, schaden landwirtschaftlicher Produktion, verhindern wirtschaftliche Investitionen und führen dazu, dass ganze Gemeinschaften vertrieben werden.

Hinzu kommt, dass veränderte Niederschläge, Extremwetterereignisse und Wasserknappheit den Kampf um Ressourcen verschärfen. Das schürt Spannungen, die sich in Gewalt entladen können. Zudem hat Covid-19 für Rezessionen gesorgt und ohnehin schwache Gesundheitssysteme überlastet. Damit hat es vielerorts Armut verschlimmert.

CORONA-EINFLUSS UNKLAR

Daten des WHI zeigen jedoch, dass sich die Ernährungssicherheit schon vor Beginn der Pandemie verschlechterte. Laut dem Bericht haben sich die vollen Folgen der Corona-Pandemie noch nicht gezeigt, werden sich aber wohl in den kommenden Jahren in den WHI-Daten abbilden.

Für den aktuellen WHI wurden Daten aus den Jahren 2016 bis 2020 verwendet. Die Forscher nutzten Statistiken multilateraler Institutionen (UN-Organisationen

und Weltbank) und weitere Erhebungen zu Gesundheit und Demographie. Für manche Länder gibt es allerdings keine ausreichenden Daten, unter anderem Südsudan, Burundi und Simbabwe.

Der WHI ist ein multidimensionaler Index auf globaler, weltregionaler und nationaler Ebene. Seine Ranglisten basieren auf vier Indikatoren:

- Unterernährung,
- Auszehrung bei Kindern: der Anteil von Kindern unter fünf Jahren, die für ihre Größe ein zu niedriges Gewicht haben, was auf akute Unterernährung hindeutet
- Wachstumsverzögerung bei Kindern: der Anteil der Kinder unter fünf Jahren, die zu klein sind für ihr Alter, was auf chronische Unterernährung hindeutet
- Kindersterblichkeit: die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren.

Unter den Ländern, für die es ausreichend Daten gibt, steht Somalia laut WHI am schlimmsten da. Dort ist das Ausmaß des Hungers demnach „gravierend“. Zur Kategorie „sehr ernst“ zählen sieben Länder: Syrien, Jemen, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Südsudan, DR Kongo und Madagaskar.

Der Bericht betont, dass der Hunger in zehn Ländern mit einem „mäßigen“, „ernsten“ oder „sehr ernsten“ Hungerniveau zugenommen hat: Zentralafrikanische Republik (sehr ernst), Ecuador (mäßig), Lesotho (ernst), Madagaskar (sehr ernst), Malaysia (mäßig), Oman (mäßig), DR Kongo (sehr ernst), Südafrika (mäßig), Venezuela (ernst), und Jemen (sehr ernst).

Es gibt aber auch gute Nachrichten. Mehrere Länder konnten ihre WHI-Werte in den letzten Jahren verbessern: So sind etwa Bangladesch, Gambia und Guatemala seit 2012 aus der Kategorie „ernst“ zu „mäßig“ gewechselt. Der WHI erscheint jährlich, aktuell in der 16. Auflage.

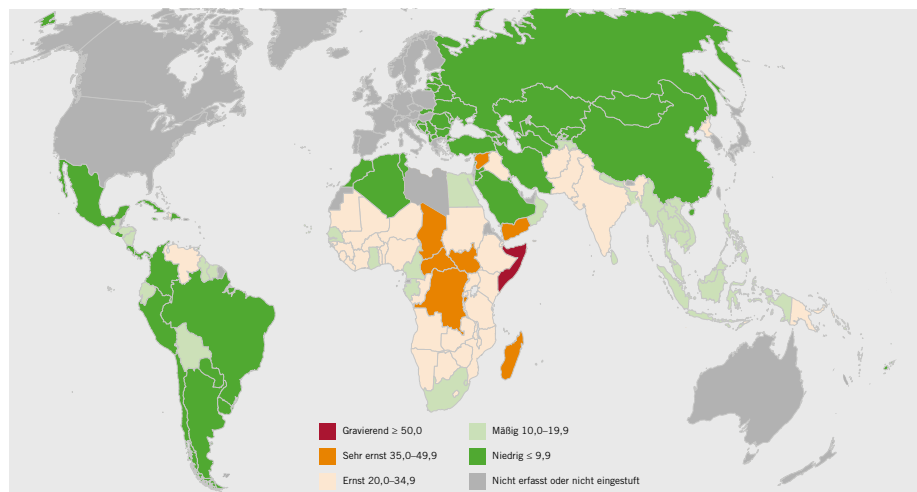
LINK

Welthunger-Index 2021: Hunger und Konflikte: Ernährungssysteme ändern, Frieden fördern.
<https://www.welthungerhilfe.de/hunger/welthunger-index/>



ANUP DUTTA

ist ein indischer Journalist, der in der Stadt Bhopal arbeitet.
duttanup@gmail.com



Welthunger-Index 2021 nach Schweregrad.



Näherinnen und Näher in einer Textilfabrik in Bangladesch.

PANDEMIE-AUSWIRKUNGEN

Zwischen Schulden und Zwangsarbeit

Die Corona-Krise hatte verheerende Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsumstände von Textilarbeitern in Entwicklungsländern. Modekonzerne und Regierungen ließen sie weitgehend im Stich.

Von Aenne Frankenberger

Wie viele Branchen litt auch die Textilindustrie unter der Corona-Pandemie. Ein aktueller Bericht zeigt, wie die Pandemie die Lebens- und Arbeitsumstände von Textilarbeitern in den vier untersuchten Ländern Äthiopien, Honduras, Indien und Myanmar beeinflusst hat. Die University of Sheffield hat ihn in Kooperation mit der University of British Columbia, dem Modern Slavery and Human Rights Policy and Evidence Centre

britischer Wissenschaftler und dem unabhängigen Worker Rights Consortium in Washington veröffentlicht.

Den Autoren zufolge hatten internationale Modekonzerne mit schweren Einbußen zu kämpfen. Zu Beginn der Pandemie stornierten sie Bestellungen in den Textilfabriken, ohne auf ihre sozialen Verpflichtungen zu achten, und weigerten sich, ihre Zulieferer für bereits produzierte Ware zu bezahlen. Diese profitorientierte Strategie habe einen Dominoeffekt entlang der Lieferkette ausgelöst, an deren unterem Ende Zulieferer die Produktion herunterfahren und Arbeiter eines von zwei Schicksalen erlitt: Suspendierung und Entlassung oder Gehaltseinbußen und schlechtere Arbeitsumstände.

Die Wissenschaftler befragten Arbeiterinnen und Arbeiter in Bezug auf ihre Jobsicherheit. Unter den von ihnen befragten Angestellten seien 72 Prozent noch dort beschäftigt, wo sie es auch vor der Pandemie waren. 17 Prozent hätten eine neue Stelle gefunden, und elf Prozent seien derzeit arbeitslos. Von den insgesamt 13 Prozent, deren Arbeitsverträge aufgelöst wurden, haben über zwei Drittel keine Abfindung erhalten. Davon seien besonders ethnische Minderheiten und Mitglieder unterer Kasten betroffen.

Verglichen mit der Zeit vor Corona, seien die Löhne in der Textilindustrie um durchschnittlich elf Prozent gesunken. Dies sei laut dem Bericht vor allem darauf zurückzuführen, dass Arbeiter, die ihre Stelle während der Pandemie behielten, weniger arbeiten oder keine Überstunden mehr machen konnten.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Schulden der Arbeiter in den vier untersuchten Ländern um durchschnittlich 16 Prozent gestiegen sind. In Äthiopien hätten sie sich fast verdoppelt. Die Anzahl der Personen ohne jegliche Ersparnisse sei um ein Viertel gestiegen. Die betroffenen

Arbeiter müssten sich Geld leihen, um ihre Grundbedürfnisse zu decken.

Dabei hätten sie Schwierigkeiten, die Schulden wieder zurückzuzahlen. Während die meisten Betroffenen versuchten, mehr zu arbeiten, um ihren Schuldenberg abzutragen, verzichteten andere auf ganze Mahlzeiten. Besonders in Äthiopien nähmen die Verschuldeten neue Kredite auf, um alte abzubezahlen, und begäben sich damit in einen Teufelskreis. Die Befragten berichteten nicht nur von Gewalt und Drohungen durch Kreditgeber. Laut den Autoren führten die wachsenden Schulden auch dazu, dass Arbeiterinnen und Arbeiter mehr Gefahr liefen, Zwangsarbeit leisten zu müssen.

Diese Gefährdung zeige sich konkret darin, dass 35 Prozent der Befragten auf der Arbeit beschimpft würden, 24 Prozent bedroht und 22 Prozent ungerechten Gehaltsabzügen ausgesetzt seien. Manche seien zum ersten Mal so behandelt worden, bei anderen sei dies schon vor der Pandemie vorkommen, habe sich währenddessen jedoch verschlimmert. Am weitesten seien

Anzeichen für Zwangsarbeit in Äthiopien verbreitet, resümieren die Autoren. Zudem berichtete über ein Drittel der Befragten von fehlenden Hygienemaßnahmen. Wegen mangelnder beruflicher Alternativen gebe es für die Arbeiter kaum Auswege aus dieser prekären Situation.

Im Verlauf der Pandemie versuchten manche Modekonzerne die Versäumnisse, die sie gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern verursacht hatten, zu beheben. Doch Experten sind der Meinung, dass dies kein einfaches Vorhaben sei. Gründe, warum die Konzerne ihren sozialen Verpflichtungen doch noch nachkommen wollten, seien laut den Autoren verschiedene: Es gebe bei manchen Mitarbeitern individuelle Motivationen, die Modeunternehmen hätten ein Selbstinteresse an der Stabilität der Zulieferer, es gebe Geschäftsmodelle, die auf langjährige Partnerschaften setzen, und manche Länder hätten dies mit entsprechenden Regelungen eingefordert.

Regierungshandlungen haben die Bezahlung während der Lockdowns stark beeinflusst. In vielen Ländern, die den

Textilunternehmen Corona-Zuschüsse auszahlen, hätten Textilarbeiter weiter ihren üblichen Lohn erhalten. Doch das sei nicht überall der Fall gewesen. Mittlerweile seien die Regierungsgelder knapp. In jedem Fall seien die Unterstützungsprogramme zeitbegrenzt und oft schwer zugänglich gewesen (siehe dazu meinen Beitrag im Magazinteil des E+Z/D+C e-Paper 2021/10).

LINK

The unequal impacts of Covid-19 on global garment supply chains:

<http://speri.dept.shef.ac.uk/2021/06/21/new-report-risk-of-forced-labour-in-clothing-industry-rises-due-to-pandemic-and-industry-response/>



AENNE FRANKENBERGER
studiert Anglistik und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Gießen. Sie war bis Oktober Praktikantin

in der E+Z/D+C-Redaktion.
euz.editor@dandc.eu

GLEICHBERECHTIGUNG

Doppelte Belastung

Weil sie ihre traditionelle Familienrolle erfüllen müssen, sind Frauen in Nigeria auf dem Arbeitsmarkt stark benachteiligt. Der Weg zur vollen Selbstbestimmung ist noch weit.

Von Bimbola Oyesola

In Nigeria müssen die meisten Mütter zusätzlich zu ihren häuslichen Pflichten arbeiten, um das Familieneinkommen aufzubessern. Die Frauen haben Schwierigkeiten, Haus- und Erwerbsarbeit unter einen Hut zu bringen – besonders, wenn die Ehemänner sie nicht unterstützen.

Adesola Olaniyi beispielsweise ist Mutter von drei Kindern und arbeitet als Managerin für eine Bank auf Lagos Island. Um 7.30 Uhr muss sie auf der Arbeit sein. Da sie in der Innenstadt von Lagos wohnt, muss sie dafür sehr früh aufstehen. Jeden

Morgen um 4 Uhr bereitet sie Frühstück und Mittagessen für ihre Familie vor und macht die Kinder fertig für die Schule. Wegen des Verkehrs in Lagos verlässt sie das Haus um 5.30 Uhr. Ihr Mann schläft dann noch, er arbeitet näher am Wohnort.

Adesola arbeitet oft bis 18 Uhr. Wegen des Berufsverkehrs kommt sie teils erst nach 20 Uhr nach Hause. Ihr Tag ist dann noch nicht vorbei. Sie kontrolliert, was die Kinder in der Schule gemacht haben, und deren Hausaufgaben. Manchmal nimmt sie Arbeit mit nach Hause und bleibt lange auf. Ihr Leben ist ein Hamsterrad, aber sie hat keine Wahl. Ihr Job ist unverzichtbar, da das Einkommen ihres Mannes die Familie nicht ernähren kann.

Catherine Nwachukwu führt ein ähnlich stressiges Leben. Sie ist fünffache Mutter und arbeitet als Lebensmittellieferantin im

informellen Sektor. Sie hatte nie die Chance auf einen Job im formellen Sektor, wo die Arbeitsplätze sicherer und die Bezahlung besser ist. Ihr Mann, ein Handwerker, ist arbeitslos. Er musste seine Werkstatt wegen der schlechten Stromversorgung schließen.

Catherine hält die Familie über Wasser, kümmert sich gleichzeitig um die Kinder und erledigt die Hausarbeit. Wenn sie kein Geld verdient, haben ihre Kinder nichts zu essen. Manchmal muss sie für ihre Arbeit sogar den Bundesstaat Lagos verlassen. Ihr Mann bleibt dann bei den Kindern, aber wenn sie zurückkommt, muss sie im-



mer noch für die Familie kochen und das Haus putzen.

Viele Frauen haben zwei oder drei Jobs, um ihre Familien zu ernähren. Ayinke etwa ist Grundschullehrerin und hat vier Kinder. Nach der Schule und am Wochenende betreibt sie einen Gemischtwarenladen. Ihr Mann hat die Familie verlassen, und ihr Lehrergehalt deckt nicht alle Ausgaben. Die Inflation untergräbt die Kaufkraft, und Nigeria hat in den letzten fünf Jahren zwei Rezessionen erlebt.

GESCHLECHTERSTEREOTYPEN

Wie in vielen anderen afrikanischen Ländern haben Frauen in Nigeria eine untergeordnete Rolle gegenüber Männern. Offiziellen Statistiken zufolge leben doppelt so viele Frauen wie Männer unterhalb der Armutsgrenze. Außerdem besetzen Männer 19-mal mehr Führungspositionen. Frauen können sich wegen ihrer familiären Pflichten oft nicht an eine Unternehmenskultur anpassen, die erfordert, dass sie „jederzeit und überall“ verfügbar sind.

Viele informell Beschäftigte in Nigeria sind Frauen. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) ist das typisch für Schwellen- und Entwicklungsländer. Dort fehlt es an sozialen Sicherheitsnetzen, Arbeitsgesetzen und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Besonders schlimm ist es für Kleinunternehmer.

Covid-19 hat den informellen Sektor besonders hart getroffen und bestehende Probleme verschärft. Laut ILO waren 83 Prozent der informell Beschäftigten erheblich von Lockdown-Maßnahmen betroffen. Besonders schlimm ist die Lage im informellen Gastgewerbe, in dem weitaus mehr Frauen als Männer arbeiten.

Auch im formellen Sektor hat sich das Coronavirus negativ auf nigerianische Frauen ausgewirkt. Viele Arbeitsplätze fielen weg, weil Unternehmen Pleite gingen. Von den verbliebenen Firmen arbeiten viele noch immer nicht mit voller Kapazität, sodass sie die meisten Beschäftigten noch nicht wieder einstellen konnten.

DAS NARRATIV VERÄNDERN

Frauen müssten selbst die öffentliche Wahrnehmung von ihnen ändern, meint Adenike Ogunlesi, die ehemalige Leiterin

des Berufsnetzwerks Network of Entrepreneurial Women (NNEW). „Wir werden bekommen, was wir wollen“, sagt sie. Ähnlich sieht das Oyinkansola Olasanoye, ehemalige Vorsitzende der Frauenkommission im nigerianischen Gewerkschaftsbund (The Trade Union Congress of Nigeria (TUC) Women Commission). Sie betont, die Öffentlichkeit glaube zu Unrecht, Frauen seien nicht zu vernünftigen Handeln fähig. In

Bank nehmen sich daran ein Beispiel. Wichtige Institutionen beherzigen somit international diskutierte Ratschläge zur finanziellen Stärkung von Frauen (siehe Interview mit Jen Braswell in der Rubrik Magazin der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/10).

Dennoch fühlen sich viele Unternehmerinnen weiter ausgegrenzt. Blessing Irabor ist Leiterin der nigerianischen Sektion der Organization of Women in International



Informelle Unternehmen haben meist keinen Zugang zu Kapital: Marktverkäufer in Lagos.

ihren Augen müssen Probleme wie Frauenerwerbslosigkeit, Gewalt gegen Frauen, sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Müttersterblichkeit dringend angegangen werden. Männer, so sagt sie, müssten Frauen finanziell und politisch unterstützen.

Fortschritte zeigen sich indes bei Finanzinstituten, die begonnen haben, Frauen stärker zu berücksichtigen. Die Central Bank of Nigeria ist hier führend. Sie hat 220 Milliarden Naira (umgerechnet 460 Millionen Euro) für ihren Entwicklungsfonds für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen bereitgestellt und 60 Prozent davon für Frauen reserviert. Geschäftsbanken wie die Fidelity Bank und die Sterling

Trade (OWIT), eines geschäftlichen Netzwerks für Frauen. Sie weist darauf hin, dass Frauen eine eher geringe Finanzkompetenz hätten, während Banken strenge Kriterien für die Kreditvergabe anlegten. Tatsächlich haben vor allem informelle Unternehmen keinen Zugang zu Kapital. Das aber brauchten sie, um produktiver zu werden. Unter den Folgen leiden – wie so häufig – insbesondere Frauen.



BIMBOLA OYESOLA
arbeitet als Journalistin in
Lagos.

oritokeoyee@gmail.com

SCHULEN

Welche Lehrkräfte Afrika braucht

Ein aktuelles Buch behandelt soziale Gerechtigkeit im Schulwesen – und was in Afrika diesbezüglich geschehen muss.

Von Hans Dembowski

In der Bildung hat soziale Gerechtigkeit zwei Dimensionen: erstens soziale Inklusion im Sinne guter Bildung für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft und zweitens gesellschaftspolitische Lehrinhalte wie die Ursachen von Armut und mögliche Gegenmaßnahmen. Beides ist nötig, damit junge Menschen zu mündigen Bürgern eines demokratischen Staates heranwachsen.

In Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen haben die Schulbesuchsquoten – vor allem in der Primarstufe – in den vergangenen beiden Jahrzehnten deutlich zugenommen. Leider hapert es oft an der Qualität des Unterrichts. Gerade in Ländern mit großer kultureller und sprachlicher Vielfalt sind die Herausforderungen objektiv groß. Allzu oft werden Kinder in einer Sprache angeschrien, die sie gar nicht verstehen, und vielleicht sogar geschlagen, wenn sie eine Frage nicht so, wie von der Lehrkraft erwartet, beantworten (siehe Laura Hinze im Schwerpunkt unserer digitalen Monatsausgabe 2021/04).

Kleine Kinder sollten in ihrer Muttersprache Unterricht bekommen, und die

Lehrinhalte sollten ihrer Lebenswirklichkeit entsprechen. Es ist gut, wenn dabei die Traditionen ihrer Gemeinschaften berücksichtigt werden (siehe Boro Baski in E+Z/D+C Magazin 2009, S. 280). Leider betrachten aber viele akademisch gebildete Lehrer ihre Dorfkulturen als rückständig und schauen auf sie herab.

Schon in jungen Jahren können Kinder auf Benachteiligungen und deren Konsequenzen aufmerksam gemacht werden. Später sollten sie juristische, historische, politische und kulturelle Aspekte von Ungleichheit verstehen lernen. Sie müssen erfahren, welche soziale Sicherungssysteme es gibt. Sonst können sie diese später weder selbst in Anspruch nehmen noch anderen diesbezüglich helfen. Heutzutage ist auch Wissen über globale Zusammenhänge wichtig.

Wo Ungleichheit ausgeprägt ist, kommt es auf soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen besonders an. Dort ist es aber auch besonders schwer, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Wesentlich ist jedenfalls die Kompetenz der Lehrkräfte. Ein kürzlich von Routledge verlegtes Buch untersucht, was das für das Lehramtsstudium in Afrika bedeutet.

Es handelt sich um eine akademische Aufsatzsammlung, die leider viele an afrikanischen Grundschulen lehrende Menschen

überfordern dürfte. Die Herausgeberinnen sind Carmel McNaught und Sarah Gravett von der Universität Johannesburg. (Ich selbst habe übrigens ein Kapitel über Sozialpolitik beigesteuert, und Carmel McNaught veröffentlichte vor Kurzem einen Beitrag im Schwerpunkt unserer digitalen Monatsausgabe 2021/04.)

Es fällt auf, dass mehrere Kapitel sich recht grundsätzlich mit Fragen von sozialer Inklusion und Ungleichheit beschäftigen. Der Diskussionsbedarf ist offensichtlich in Afrika größer als hierzulande. Da mehrere Autoren aus Südafrika stammen, ist das Buch in gewissem Maße auch Ausdruck des dortigen Ringens um ein neues, nicht vom Rassismus geprägtes Verständnis von Nation und Sozialstaatlichkeit.

Es überrascht hingegen nicht, dass manche Konzepte, die in Schulen funktionieren, auch für das Lehramtsstudium taugen – „Service Learning“ zum Beispiel. Der Begriff steht dafür, dass Lernende in der Schulumgebung soziale Dienste erbringen. Zu den Vorteilen gehören:

- neue persönliche Erfahrungen statt abstraktem Argumentieren,
- Ausdehnung des Bekanntenkreises über die eigene soziale Schicht hinaus und
- höhere Motivation durch sichtbare Wirkung.

Richtig ist sicherlich auch, dass Studierende einen Teil des Kursprogramms in ihrer Muttersprache absolvieren können sollten. Die Forderung, dass gesamte Programm solle auf Zulu, Xhosa oder einer anderen Regionalsprache angeboten werden, scheint dagegen überzogen. Gerade in einem mehrsprachigen Land sollten Bürger nicht nur ihre eigene Sprache beherrschen. Und wer keine Weltsprache beherrscht, kann mit Büchern wie dem hier rezensierten nichts anfangen.

BUCH

McNaught, C., and Gravett, S., 2021: *Embedding social justice in teacher education and development in Africa*. London and New York, Routledge.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und
Zusammenarbeit / D+C
Development and

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Eine Pädagogikstudentin der südafrikanischen Universität Stellenbosch unterrichtet 2015 eine Gruppe von Grundschulkindern.

Benachteiligt und ohne Stimme

In Ghana werden die meisten Menschen mit Behinderung stigmatisiert, marginalisiert, und ihnen wird der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen verweigert. Gehörlose sind mitunter am schlimmsten betroffen.

Taube Kinder haben nur begrenzt Zugang zu Bildung, was es ihnen später schwer macht, einen Job zu finden. Gehörlose haben auch einen eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung, einschließlich psychischer Betreuung. Dass sie nicht so kommunizieren können wie andere, ist für sie ein ständiges Hindernis.

Es gibt etwa 110 000 taube Kinder in Ghana, für die es landesweit nur 16 Schulen gibt. Der Nationale Verband der Gehörlosen in Ghana (GNAD) schätzt, dass deshalb 80 Prozent der tauben Kinder in Ghana nicht zur Schule gehen.

GNAD hat sich dafür eingesetzt, dass es Dolmetscher an den Schulen geben soll, die das gesprochene Wort in die Gebärdensprache übersetzen. Diese Initiative ist aber kaum umgesetzt worden, sodass weiter viele taube Kinder nicht zur Schule gehen.

Die Lehrerin Mabel Agyei Adowa zeigt sich besorgt über die Lage der vielen tauben Kinder in Ghana, die nicht zur Schule gehen: „Viele Eltern gehörloser

Kinder haben die Hoffnung verloren. Sie wissen nicht, wie sie ihren Kindern Bildung ermöglichen sollen.“

Nur etwa 20 Prozent der tauben Menschen, die die Grundschule abschließen, besuchen im Anschluss eine weiterführende Schule, sagt Daniel Fobi, Dozent für Sonderpädagogik an der University of Education in Winneba unweit der Hauptstadt Accra. Und selbst diese wenigen gehörlosen Studenten sind eingeschränkt. „Sie dürfen keine wissenschaftlichen oder Wirtschaftsfächer, sondern nur künstlerische oder technische Fächer studieren,“ sagt Fobi.

Hinzu komme, dass manche Schüler in der weiterführenden Schule ihre Gebärdensprachdolmetscher selbst bezahlen müssen, sagt er. Diese Hürden führen dazu, dass taube Kinder in Ghana oft schlechtere Leistungen als Kinder ohne Hörbehinderung erbringen.

Anlass zur Sorge gibt auch die Gesundheitsversorgung für Gehörlose. Wenn Ärzte und Krankenschwestern taube Patientinnen und Patienten nicht verstehen, kann das zu Fehldiagnosen und falschen Verschreibungen führen. Dies betrifft vor allem die pränatale Betreuung schwangerer gehörloser Frauen. Die Kommunikationsprobleme werden noch durch die negative Einstellungen gegenüber Gehörlosen verstärkt. Sie werden häufig stigmatisiert und diskriminiert.

Der GNAD fordert die Regierung dazu auf, dass alle staatlichen Institutionen Gebärdensprachdolmetscher einsetzen müssen. „Außerdem soll der Staat die ghanaische Gebärdensprache im Behindertengesetz anerkennen“, sagt GNAD-Exekutivdirektor Juventus Duorinaah.

Ghana hat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung 2012 ratifiziert und 2015 eine Politik der inklusiven Bildung verabschiedet. Aber Gebärdensprachdolmetschen wird weithin als eine Kuriosität angesehen. Außerdem ist Gebärdensprache juristisch nicht als notwendiger Bestandteil öffentlicher Dienstleistungen anerkannt.



DASMANI LAARY
ist Journalist in Ghana.

laarygna@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

62. Jg. 2021

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30.11.2021 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz),

Maren van Treel (MVT; Social Media)

Freiberufliche Mitarbeit: Aviva Freudmann (AF), Jan Walter Hofmann

(JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.
Media Production · Frankfurt am Main · 47 followers

See all 3 employees on LinkedIn

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

Page posts

D+C D+C Development and Cooperation
85 followers
2d · Edited ·

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #d... see more



EU must not simply watch Tunisia's democracy die
Development and Cooperation on LinkedIn · 379 views
by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saie...

Like

Comment

Share

Send

**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hinweisen.

DEVELOPMENT AND
COOPERATION | **D+C**

COVID-19

Brutale Ungleichheit

In der Pandemie darf Impfschutz kein Luxus sein, er muss allen zur Verfügung stehen. Wenn EU-Politiker früheren Aussagen gerecht werden wollen, müssen sie nun die Aussetzung der Patente für Coronavakzine unterstützen.

Von Mirza Alas

Aktuelle Impfquoten belegen eklatante Ungleichheit weltweit. Mitte November hatten gut 52 Prozent der Weltbevölkerung ihre erste Spritze bekommen, dagegen waren es in Ländern mit niedrigen Einkommen den Statistiken von ourworldindata.org zufolge erst 4,6 Prozent.

Laut Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) sind bislang 5 Millionen Menschen wegen Covid-19 gestorben. Die Zahl steigt weiter. Experten weisen darauf hin, dass manche Staaten wohl nicht das ganze Ausmaß des Desasters amtlich dokumentieren. Die Pandemie tobt weiter. Wir werden die Gesamtsterblichkeit noch lange nicht kennen.

Sie wird ohnehin nicht den gesamten Schrecken wiedergeben. Vielerorts sind die Intensivstationen überfüllt, sodass auch Patienten mit anderen Leiden nicht wie nötig versorgt werden. Routineprogramme sind ausgesetzt – und das betrifft auch die Bekämpfung von HIV/Aids, TB und Malaria (siehe Anne Frankenberger im Magazin unserer Digitalen Monatsausgabe 2021/11).

Beim Weltgesundheitsgipfel im Mai 2020 versprachen europäische Politiker Partnern aus Afrika, Asien und Lateinamerika, Vakzine würden – sobald erhältlich – als globales öffentliches Gut behandelt. Impfschutz dürfe kein Luxus sein, sondern müsse allen zur Verfügung stehen.

Es kam anders. Britannien, USA, Kanada und die EU begannen so schnell wie möglich ihre gesamte Bevölkerung zu immunisieren. Sie gaben viel Geld aus, sicherten sich massenhaft Impfdosen und monopolisierten dabei den Zugriff. Sie achteten nicht auf WHO-Konzepte für die weltweite Verteilung. Folglich konnte die internationale Initiative COVAX armen Ländern nicht

wie versprochen 2 Milliarden Impfdosen bis Mitte 2021 zur Verfügung stellen.

Mittlerweile laufen in reichen Ländern Booster-Programme. Obendrein werden dort auch Kinder, die nur sehr selten einen schweren Covid-Verlauf erleiden, geimpft. In benachteiligten Weltregionen dagegen warten Hochrisikogruppen, einschließlich des Krankenhauspersonals, noch immer auf die erste Impfung. Das gilt besonders für Afrika. Die WHO hat mehrere Appelle lanciert, das zu ändern. Sie wird dabei von zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt, von denen sich viele dem internationalen Bündnis „The People’s Vaccine“ angeschlossen haben.

Es muss nun endlich Impfstoffproduktion in Entwicklungsländern aufgebaut werden. Das kann auch schnell geschehen, wenn intellektuelle Eigentumsrechte ausgesetzt und technisches Know-how geteilt wird. Sowohl die USA als auch Europa versprechen zwar, mehr Impfdosen zu spenden. Bisher war das aber immer zu wenig und kam zu spät. Obendrein ist ihre eigene Impfnachfrage jetzt auch größer als erwartet, während die Vorräte begrenzt bleiben. Reiche Länder mit hochentwickelten Pharmaindustrien müssen ärmeren Ländern

jetzt helfen, dringend benötigte Kapazitäten zu schaffen.

Der erste Schritt dorthin ist die Aussetzung der geistigen Eigentumsrechte, wie sie die Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) im TRIPS-Abkommen (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) verankert hat. Die WTO muss entsprechend handeln. Ihr für Anfang Dezember geplanter Gipfel wurde zwar wegen Corona vertagt, aber ihr TRIPS-Council tagt.

US-Präsident Joe Biden hat sich längst für die Patentpause ausgesprochen (siehe Achal Prabhala in der Digitalen Monatsausgabe 2021/06). Wenn die EU zustimmt, dürfte es geschehen. Politiker dürfen die Profite privater Unternehmen nicht über Menschenleben stellen. Da Staaten die Forschung, die zu Impfstoffen geführt hat, großzügig subventioniert haben, können sie die Industrie jetzt auch mit gutem Gewissen drängen, relevantes Wissen mit Partnern in Entwicklungsländern zu teilen.



MIRZA ALAS

ist Doktorandin am University College Dublin (UCD) und berät das South Centre, den Thinktank in Genf, der

Entwicklungs- und Schwellenländern gehört. Hier äußert sie ihre persönliche Meinung, die nicht mit der des South Centre oder seiner Mitgliedsländer übereinstimmen muss.

mirzalas@gmail.com

Twitter: @mirzalas



In Afrika haben allzu wenige ihre erste Spritze bekommen: Impfung in Dakar im Sommer 2021.



Ugandische Teenager bekamen im Sommer 2021 Unterricht per Radio.

CORONAVIRUS

Wachsende Ungleichheit

Schon vor der Pandemie gab es in vielen armen Ländern große Ungleichheit. Corona hat die Lage verschärft – auch in Uganda.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Im ersten Halbjahr 2021 erklärte das ugandische Finanzministerium, 28 Prozent der Ugander seien arm. Vor der Pandemie waren es 18 Prozent. Offiziell liegt die Armutsgrenze bei 1,90 Dollar Kaufkraft pro Tag und Kopf – diese Zahl legt auch die Weltbank zugrunde. Zwei Drittel aller Ugander haben laut Finanzministerium zudem aufgrund der Pandemie zumindest einen Teil ihres Einkommens eingebüßt.

Dass das passieren würde, war abzusehen. Im Juni 2020 bereitete das ugandische Büro des Entwicklungsprogramms der UN (UNDP) einen Bericht zu den Folgen des neuen Virus vor. Er ging davon aus, dass etwa 4,4 Millionen Arbeiter des informellen Sektors in extreme Armut fallen würden. Am gefährdetsten seien demnach Frauen, Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, Jüngere sowie Ältere.

Der UNDP-Bericht prognostizierte auch, dass Tourismus, Produktion und

Dienstleistungssektor überproportional betroffen sein würden. Es lässt sich schwer sagen, inwieweit die UNDP-Prognosen sich bewahrheitet haben. Berichte der Massenmedien legen aber nahe, dass die Vorhersagen zutreffen.

Ab der Jahrtausendwende bis zum Beginn der Corona-Pandemie wuchs die Wirtschaft in Ländern südlich der Sahara stark. Ugandas Bruttoinlandsprodukt stieg laut Weltbank von sechs Milliarden Dollar im Jahr 2000 auf 36 Milliarden im Jahr 2019. Im gleichen Zeitraum wuchs aber auch die Bevölkerung von 23 Millionen auf 44 Millionen, und nicht jeder profitierte gleichermaßen vom Wachstum. Wie auch in anderen Ländern kam besonders eine kleine Elite zu Wohlstand; viele sagen, Korruption habe eine Gruppe von Beamten begünstigt.

Schon vor der Pandemie warnte die internationale Hilfsorganisation Oxfam vor wachsender Ungleichheit in Uganda. Zentrales Problem war und ist unfaire Landverteilung. 73 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte sind Frauen – doch sie besitzen nur sieben Prozent Land. Es gibt auch regionale Ungleichheiten. Oxfam etwa geht davon aus, dass 80 Prozent der ländlichen

Haushalte schon vor Corona armutsgefährdet waren; in städtischen Gebieten 30 Prozent. Zudem ist der Norden Ugandas weit ärmer als der Süden.

Die Pandemie hat den Zugang zu Bildung erschwert. Schüler wurden heimgeschickt, und nur wer Zugang zu digitaler Technik hatte, konnte online am Unterricht teilnehmen. Natürlich spielen regionale und Geschlechterungleichheiten eine Rolle dabei, wer das Internet nutzen kann und wer nicht (siehe Ipsita Sapra in der Rubrik Magazin der Digitalen Monatsausgabe von E+Z/D+C 2021/10). Unterricht übers Radio ist weniger effektiv.

Die Regierung vergab Gelder und Lebensmittelpakete an städtische Arme; die Menschen auf dem Land hatten von dieser kurzfristigen Unterstützung nichts. Um diese zu bezahlen, musste die Regierung neue Schulden machen.

Die Regierung hat zugesagt, ihre Ausgaben anders zu verteilen und mehr Gelder an Dorfgemeinschaften zu vergeben – was sich erst zeigen muss. Zugleich kündigte sie an, Staatseinnahmen zu erhöhen. Konsumausgaben werden am höchsten besteuert; das wiederum trifft arme Verbraucher besonders.

Am Beispiel Uganda spiegeln sich globale Trends wider. Die Corona-Pandemie unterstreicht die globale Ungleichheit, und die Daten zeigen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Das trifft besonders Menschen in Niedriglohnländern ohne starke Sozialsysteme – und wo Impfkampagnen entsprechend wenig geholfen haben.

LINK

UNDP, 2020: Leaving no one behind: From the Covid-19 response to recovery and resilience building. Analysis of the socioeconomic impact of Covid-19 in Uganda.

<https://www.ug.undp.org/content/uganda/en/home/library/un-socioeconomic-impact-report-of-covid-19-in-uganda.html>



RONALD SSEGUJJA SSEKANDI
studiert Entwicklungsmanagement an der Ruhr-Universität Bochum. Der

Masterstudiengang ist dem AGEP, dem deutschen Verband für Postgraduiertenprogramme mit besonderer Relevanz für Entwicklungsländer, angeschlossen.
sekandiron@gmail.com

MENSCHENRECHTE

Mangelhafte Demokratie

Indien gilt generell als größte Demokratie der Welt. Internationale Beobachter stufen sie aber wegen eingeschränkter Freiheitsrechte mittlerweile als mangelhaft ein.

Von Mira Mandal

Der aktuelle Freedom House Report, der weltweit die Demokratiequalität prüft, stuft Indien nur als „teilweise frei“ ein. Die Fachleute von der Londoner Economist Intelligence Unit sprechen von „mangelhafter“ Demokratie. Es geht bergab, seit Premierminister Narendra Modi das Land regiert. Seine hinduchauvinistische BJP gewann 2014 mit nicht einmal 40 Prozent der Wählerstimmen eine absolute Parlamentsmehrheit. 2019 gelang ihr das wieder.

Wir erleben, wie Regierungskritiker systematisch mundtot gemacht werden. In den vergangenen Wochen gab es Ausschreitungen gegen Muslime im kleinen nordöstlichen Bundesstaat Tripura. Die Polizei startete darauf Ermittlungen gegen rund 100 Menschen, weil sie die Hindu-Extremisten in sozialen Medien kritisierten. Die Grundlage dafür bot das drakonische Gesetz Unlawful Activities (Prevention) Act (UAPA).

Laut Verfassung ist Indien ein säkularer Staat, aber für Hindu-Chauvinisten sind

Angehörige von anderer Religionen keine richtigen Inder. Vor zwei Jahren wehrte sich eine breite soziale Bewegung gegen ein neues Recht über Staatsbürgerschaft, das Muslime in mancher Hinsicht schlechterstellte. Das Zentrum der Bewegung war der Stadtteil Shaheen Bagh in Delhi (siehe Arfa Khanum Sherwani in der Rubrik Tribüne unserer Digitalen Monatsausgabe 2020/02). Es ging auch um Polizeigewalt, mehr Arbeitsplätze und besseren Schutz für Frauen. Die Regierung diskreditierte diese weitestgehend gewaltfreie Bewegung, die Verfassungsprinzipien verteidigte, als gefährlichen Aufstand.

Die Bewegung endete im Frühjahr 2020 im Covid-19-Lockdown, nachdem andere Stadtteile der Hauptstadt von Krawallen erschüttert wurden, bei denen Moscheen brannten und rund doppelt so viele Muslime wie Hindus starben. Wie kürzlich in Tripura blieben hinduchauvinistische Gewalttäter weitgehend straffrei. Gegen viele, die ihnen widersprachen, wurde dagegen wegen UAPA-Vergehen ermittelt und Untersuchungshaft verhängt.

Eine neue Bauernbewegung hat sich in diesem Jahr gegen marktorientierte Reformen in der Landwirtschaft gewehrt. Im November zog die Regierung unter diesem Druck ihre Reformvorschläge zurück. Zuvor

hatte sie aber monatelang auf Repression gesetzt und gewalttätige Auseinandersetzungen provoziert. Viele der Protestierenden waren Sikhs und nicht Hindus, und Modis Leute agitierten gegen sie besonders aggressiv.

Twitter wurde angewiesen, Tweets zu blockieren, wenn diese die Bauern unterstützten. Die Regierung sagte, das schütze die öffentliche Ordnung. Twitter und Facebook wurden dazu gebracht, Millionen von Konten zu sperren. Weiterhin wird jedoch in sozialen Medien der Hass auf Minderheiten angeheizt, wogegen die Modi-Regierung nichts tut.

Die Abschaltung des Internets während laufender Proteste ist mittlerweile normal. In Kaschmir gibt es ohnehin nur Zugang zu einer begrenzten Zahl von Websites. Monatelang war das Internet dort komplett tot – und zuvor hatte die Modi-Regierung den bislang einzigen mehrheitlich von Muslimen bevölkerten Bundesstaat mit seinen Sonderrechten aufgelöst (siehe Arfa Khanum Sherwani in der Rubrik Debatte in unserer Digitalen Monatsausgabe 2020/11).

Ämtlichen Angaben zufolge wurden in den vergangenen fünf Jahren mehr als 8300 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert – darunter Geistliche, Professoren, Dichter, Studenten, Anwälte, Journalisten und Kabarettisten. Gerichte haben das bereits als Machtmissbrauch beurteilt. Das prominenteste Opfer war vermutlich Stan Swamy, ein katholischer Geistlicher und Parkinson-Patient, der sich für Adivasis eingesetzt hatte. Ihm wurde Terrorismus vorgeworfen, er starb im Juli 2021 in Haft.

Verschiedene Gesetze können zum Angriff auf Regierungskritiker genutzt werden. Auch fest etablierte Medienmarken stehen unter Druck. Bei Dainik Bhaskar, einer Tageszeitung mit einer Auflage von 4,5 Millionen, tauchten die Steuerfahnder auf, nachdem das Blatt beschrieben hatte, wie die Regierung die wahren Opferzahlen von Covid-19 verheimlicht. Es spricht Bände, dass Amnesty International und Human Rights Watch heute keine Büros in Indien mehr haben.

MIRA MANDAL

ist das Pseudonym, das die E+Z/D+C-Redaktion aus offensichtlichen Gründen unserer indischen Autorin gegeben hat. euz.editor@dandc.eu



Gedenken an Stan Swami in Kolkata im Juli 2021.



Zyklonschäden 2019 auf der mosambikanischen Insel Ibo.

UNSERE SICHT

1,5-Grad-Ziel im Koma

Das Motto der UN-Ziele für Nachhaltigkeit ist, niemanden zurückzulassen. Dennoch hat der Klimagipfel in Glasgow die verwundbarsten Gemeinschaften der Welt im Stich gelassen. Monate vor der COP26 erläuterte der bengalische Klimaforscher Saleemul Huq die Forderungen der Climate Vulnerable Countries in E+Z/D+C (siehe Schwerpunkt unserer Digitalen Monatsausgabe 2021/05). Er betonte ehrgeizige Emissionsreduktion, die Einhaltung alter Finanzversprechen und einen Mechanismus, um klimabedingte Verluste und Schäden auszugleichen.

Von Hans Dembowski

Daraus ist wenig geworden. Zu „Loss and Damage“ wird ein neuer Dialog etabliert, ansonsten ist diesbezüglich nichts geschehen. Die internationale Staatengemeinschaft lässt die vom Klimaschutz am härtesten betroffenen Menschen in den ärmsten Weltgegenden, die zur globalen Erhitzung gar nichts beigetragen haben, weiterhin im Stich.

Etwas Bewegung gab es bei der Klimafinanzierung. Wohlhabende Staaten gaben zu, ihr vor über zehn Jahren abgegebenes Versprechen, von 2020 an jährlich 100 Milliarden Dollar bereitzustellen, nicht erfüllt zu

haben. Sie versprochen nun, das in ein paar Jahren endlich zu tun, dann voraussichtlich zu übertreffen und dabei auch die Mittel für Klimaanpassung aufzustocken. 2020 und 2021 flossen rund 40 Milliarden Dollar weniger als in Aussicht gestellt. Für gering entwickelte Länder ist das sehr viel Geld.

Nationale Selbstverpflichtungen zur Emissionsbegrenzung wurden nur moderat erhöht. Das 1,5-Grad-Ziel von Paris ist nicht tot, liegt aber im Koma. Die Wissenschaftler vom Climate Action Tracker sehen die Welt auf Kurs zu durchschnittlichen Temperaturanstiegen von 2,1 Grad über dem vorindustriellen Niveau, falls denn alle Ziele für 2030 und darüber hinaus wirklich erreicht werden. Angesichts unverbindlicher Zusagen und vieler gebrochener Versprechen ist das kaum wahrscheinlich. Vor Glasgow ging es in Richtung 2,7 Grad. Das „optimistische“ Tracker-Szenario hält vielleicht auch 1,8 Grad für möglich, dann müssten aber sämtliche anvisierten Ziele und Netto-Null-Versprechen in Erfüllung gehen, was noch unwahrscheinlicher ist. Selbst dann würden Klimaschäden aber noch drastisch zunehmen. Stürme, Dürren und Hochwasser wirken sich schon bei bisher 1,1 Grad verheerend aus.

Dass es keine ernsthaften Verhandlungen über Schadensausgleich gab, zeigt, wie hohl die Reden reicher Delegationen über globale Solidarität waren. Laut Global Carbon Project haben 23 hochentwickelte Nationen historisch die Hälfte aller CO₂-Emissionen zu verantworten. Ihre 12 Prozent der Weltbevölkerung müssten also für die Hälfte der Klimaschäden geradestehen. Die Hauptbetroffenen in viel ärmeren Ländern leiden bereits Not. „Dialog“ hilft denen, die Lebensgrundlagen verloren haben, wenig.

Derweil tut sich auch ein Graben zwischen großen Schwellenländern und Ländern mit niedrigen Einkommen auf. Für die verwundbarsten Länder kommt es darauf an, möglichst schnell auf fossile Energien zu verzichten, aber besonders China und Indien wollen diese weiter nutzen. In letzter Minute bestand Indien in Glasgow mit Erfolg darauf, im Abschlussdokument nur das Herunterfahren der Kohlenutzung statt deren Ende anzukündigen. Bizarrerweise musste am selben Tag in Neu-Delhi wegen unerträglicher Luftverschmutzung ein Schul-Lockdown verkündet werden.

Zu verhaltener Hoffnung ermutigt indessen, dass mehrere Faktoren in den nächsten Jahren den Klimaschutz deutlich beschleunigen können:

- Es wird immer schwieriger, offensichtliche Klimaschäden zu leugnen.
- Wichtige Großunternehmen nehmen das ernst und wollen handeln.
- Der zivilgesellschaftliche Druck wächst.

Auf dieser Basis entstehen Koalitionen der Willigen mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Wichtige Ankündigungen betrafen in Glasgow unter anderem die Begrenzung von Methan-Emissionen, den Forstschutz oder das Ende des Verbrennungsmotors. Solche Bündnisse werden vielleicht noch sehr einflussreich. Leider gibt es dafür keine Garantie. Fest steht indessen, dass konsequenterer Klimaschutz für bereits leidende Klimaopfer zu spät kommen wird.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z**
Entwicklung und Zusammen-
arbeit/D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Verzweifelte Migranten versammeln sich an der polnisch-belarussischen Grenze.

SCHWERPUNKT

Migration unter Zwang

„Im August war meine Heimatstadt Herat im Kriegszustand.“
HAMED SARFARAZI / SEITE 16

„Es gebe für zurückkehrende Flüchtlinge keinen sicheren Ort in Syrien, warnt AI.“
DAGMAR WOLF / SEITE 18

„An immer mehr EU-Außengrenzen wird Recht gebrochen.“
GERALD KNAUS / SEITE 19

„Seit Ausbruch des Konflikts erfuhren geflohene Eritreer erneut Gewalt.“
MARKUS RUDOLF / SEITE 22

„Die Schließung der Flüchtlingscamps ist ein beliebtes Thema in Kenia.“
ISAAC SAGALA / SEITE 24

„Mehr als 10 Millionen Nigerianer sind Binnenvertriebene.“
BEN EZEAMALU / SEITE 25

„Millionen Menschen, die in Slums wohnen, sind von Vertreibung durch Zwangsräumung bedroht.“
IRIT EGUAVOEN / SEITE 27

„Manche verdursten in der Wüste, andere ertrinken im Rio Grande.“
VIRGINIA MERCADO / SEITE 29

„Viele Eltern senden ihre Töchter in die Sexsklaverei, ohne es zu wissen.“
RUKAMANEE MAHARJAN / SEITE 30

„Ein vielversprechendes Instrument heißt anpassungsfähige soziale Sicherung.“
**MAREN SUCHTA-PLATZMANN
UND AMÉDÉ SCHMITZ / SEITE 32**





Nach der Eroberung von Herat patrouillierten im August 2021 Taliban in den Straßen der Stadt.

AFGHANISTAN

Von Herat nach Köln

Der afghanische Journalist Hamed Sarfarazi floh vor den Taliban nach Deutschland. Hier berichtet er, wie er die letzten Tage in seiner Heimatstadt Herat erlebte, welchen Eindruck die Taliban auf ihn machten und wie er die schwerste Zeit seines Lebens überstand.

Von Hamed Sarfarazi

Meine Heimatstadt Herat war früher bekannt für ihre großartige Kultur und ihr modernes Leben. Doch als die Taliban im August 2021 vor ihren Toren standen, verwandelte sie sich in eine Geisterstadt. Herat liegt im Westen Afghanistans und ist mit mehr als 600 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des Landes. Sie ist auch Hauptstadt der gleichnamigen Provinz. Im August war sie im Kriegszustand.

Amir Ismail Khan, ein ehemaliger Mujaheddin-Anführer, wollte sich in Herat an der Seite des afghanischen Militärs den anrückenden Taliban entgegenstellen, die bereits weite Teile des Landes erobert hatten. Ein schwerer Konflikt hing drohend über der Stadt. Viele, die sich vor den Taliban fürchteten, versuchten zu fliehen und ins Ausland zu entkommen: Geschäftsleute,

Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen, Journalisten, Beamte und ganz normale Bürger. Sogar das Militär evakuierte sich selbst und Angehörige. Alles, was in Herat blühte und mir Lebensfreude brachte, verwelkte in diesem Sommer.

Natürlich fürchtete auch ich als Journalist um meine Zukunft und um die meiner Familie, meiner Freunde und Bekannten. Am meisten sorgte ich mich um eine befreundete Journalistin – wegen der offen antifeministischen Ideologie der Taliban. Trotz meiner Sorge versuchte ich aber zunächst, standhaft zu bleiben und Herat in dieser historischen Situation nicht zu verlassen. Ich trug außerdem Verantwortung für einen ausländischen Journalisten, dem ich mit meiner Ortskenntnis half. Also blieb ich dort, obwohl mich Freunde und Familie baten zu fliehen.

Es waren die schwersten Tage meines Lebens. Die Angriffe der Taliban bekam ich hautnah mit, weil ich von der Front berichtete. Am 12. August schließlich fiel Herat an die Taliban. Alle hochrangigen Beamte ergaben sich, auch Amir Ismail Khan. Das Militär übergab seine Ausrüstung, darunter schwere Waffen, an Motorradfahrer mit lan-

gen Haaren und Sandalen. Alle Hoffnungen und Wünsche der Bewohner Herats zerfielen damit vor ihren Augen zu Staub. In Herat war ich aufgewachsen, ich verband mit dieser Stadt sowohl wunderschöne als auch sehr bittere Erinnerungen. Jetzt musste ich ihr für immer Lebewohl sagen.

IN KABUL REGIEREN DIE TALIBAN

Zwei Tage blieb ich noch. Dann entschied ich mich, auch im Interesse meiner Familie und Freunde, gemeinsam mit meiner Frau und meinen Kindern nach Kabul zu fliehen, um Afghanistan zu verlassen. Wir gaben unsere guten Arbeitsstellen auf und nahmen unsere Kinder aus der Schule, um für unbestimmte Zeit an einen unbekanntem Ort zu gehen. Wir ließen unsere Heimat und unser bisheriges Leben zurück.

Wir fuhren die ganze Nacht und den nächsten Tag. Unterwegs sahen wir die Auswirkungen des Krieges: die Bombeneinschläge neben der Straße, verbrannte Fahrzeuge und Benzintanks. Als wir schließlich in Kabul ankamen, war die Republik Afghanistan Geschichte. Die Taliban errichteten ihr Emirat.

Das war zu diesem Zeitpunkt absehbar. Die Republik war verstrickt in Korruption, und Teile der Regierung trugen autoritäre Züge (siehe Interview mit Paul D. Miller im Magazin der Digitalen Monatsausgabe E+Z/D+C 2021/10). Schließlich floh Präsident Ashraf Ghani außer Landes – ein Skandal. Die Taliban eroberten das politische Zentrum Afghanistans kampflos.

In Kabul hatten sich fast alle Männer Bärte wachsen lassen und trugen traditionelle afghanische Kleidung, aus Angst vor den Hardliner-Regeln der Taliban. Frauen und Kinder unter 18 Jahren trugen Schals und lange Kleider, abgesehen von einigen mutigen zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen. Sie protestierten und forderten ihre Rechte ein: das Recht auf Bildung für Mädchen, auf Arbeit und andere soziale Rechte. Die Taliban hielten sich zu diesem Zeitpunkt weitgehend zurück, weil sie befürchteten, dass das der Anerkennung ihrer Regierung im Ausland schaden könnte.

Auf den Märkten, auf den Straßen und an den Checkpoints sah man überall bewaffnete Kämpfer mit angsteinflößenden Gesichtern und ungewöhnlich langen Haaren und Bärten. Manche trugen Uniform, andere waren informell gekleidet. Sie kon-

trollierten die Fahrzeuge der verängstigten Bewohner und wirkten auf mich, als sähen sie überall Feinde. Sie beobachteten scharf die individuell gekleideten jungen Männer in Jeans und mit modernen Frisuren, auch Frauen und Mädchen, die enge Kleidung trugen und deren Haare unter dem Schal zu sehen waren.

Die 30 Tage, die ich unter der Herrschaft des Emirats der Taliban verbrachte, fühlten sich für mich an wie 30 Jahre. Während dieser Zeit bestand die einzige Hoffnung für mich und meine Familie darin, dieser Situation zu entkommen. Meine befreundeten Journalisten im Ausland meldeten sich immer wieder bei mir und unterstützten mich, vor allem die großartigen Kollegen der Deutschen Welle Akademie. Sie und auch meine Freunde in Kabul sprachen mir Mut zu und hielten in mir die Hoffnung am Leben, während mich die bedrückende Atmosphäre in meiner Umgebung verzweifeln ließ.

AUSREISE NACH ISLAMABAD

Dann endlich war der Tag gekommen, an dem meine Familie und ich einen Flug

von Kabul in die pakistanische Hauptstadt Islamabad nehmen konnten. Unsere Reisekosten zahlte eine Hilfsorganisation. Andere traf es viel härter: Wer aus gesundheitlichen Gründen oder wegen anderer Notfälle ausreisen musste, zahlte allein für die Hinreise nach Islamabad mehr als 1200 Dollar. Tickets gab es nur auf dem Schwarzmarkt, die Airlines waren auf Monate ausgebucht. Für die Ausreise nach Pakistan auf dem Landweg waren aufgrund einer neuen Regelung nun Passierscheine nötig, die zwischen 400 und 1000 Dollar pro Person kosteten – zusätzlich zu den Visa, die man ebenfalls auf dem Schwarzmarkt bekam.

Am Flughafen von Islamabad wurden wir herzlich von den Kollegen der Deutschen Welle begrüßt. Erst jetzt, in der für uns reservierten Unterkunft, löste sich unsere Anspannung weitgehend, und wir fühlten uns sicher. Nachdem uns das freundliche Personal in der deutschen Botschaft in Islamabad unsere Visa ausgestellt hatte, flogen wir zunächst von Islamabad nach Leipzig und reisten von dort über Viersen in Nordrhein-Westfalen nach Köln. Ich werde niemals die Begeisterung meiner

Kinder während der Reise vergessen und auch nicht den freundlichen Empfang meiner Journalisten-Kollegen der Deutschen Welle Akademie. Diese Momente zählen zu meinen schönsten Erinnerungen überhaupt.

Die Entscheidung, meine Heimat zu verlassen, war alles andere als leicht. Was mich letztlich nach Deutschland geführt hat, war der Traum von einem besseren Leben für meine Kinder, ohne Gewalt und Extremismus. Obwohl wir erst seit einigen Wochen hier in Deutschland sind und gerade erst unser neues Leben beginnen, bin ich sicher, dass sie hier glücklich aufwachsen werden. Ich habe hier sehr viel Mitgefühl und Großherzigkeit erfahren – um es in einem Wort zu sagen: Humanität. Gleichzeitig bin ich mir dessen bewusst, dass viele andere unser Glück nicht teilen und immer noch in Afghanistan feststecken.



HAMED SARFARAZI
ist ein afghanischer Journalist,
der in Deutschland lebt. Er
arbeitet für die Deutsche
Welle Akademie.

hamedsarferazi@yahoo.com

Drohende Katastrophe

Afghanistan steht am Rande der weltweit schlimmsten humanitären Krise, wie das Welternährungsprogramm der UN (World Food Programme – WFP) warnt. Die derzeitige Lebensmittelknappheit in dem Land könnte laut WFP selbst die Krisen in Äthiopien, Südsudan, Syrien und Jemen übertreffen. Grundlage für diese alarmierende Einschätzung ist ein Bericht, den WFP und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (Food and Agriculture Organization – FAO) gemeinsam im Oktober herausgegeben haben – die „IPC Acute Food Insecurity Analysis“.

Laut dem Bericht litten im September und Oktober

2021 knapp 19 Millionen Menschen in Afghanistan an akuter Ernährungsunsicherheit. Diese Zahl werde zwischen November 2021 und März 2022 voraussichtlich auf 22,8 Millionen steigen. Das bedeutet, mehr als die Hälfte der afghanischen Bevölkerung ist von Hunger bedroht, darunter 3,2 Millionen Kinder unter fünf Jahren, von denen viele bis zum Ende des Jahres an Unterernährung leiden werden. Im ganzen Land sind Menschen betroffen – auch in den Städten.

In den vergangenen vier Jahren erlebte Afghanistan zwei schwere Dürren mit massiven Auswirkungen auf die Getreideernte und den Viehbe-

stand. Die Lebensmittelpreise schossen in die Höhe. Schon vor der Machtübernahme durch die Taliban im Sommer 2021 war das Land auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Mittlerweile hat sich die Situation verschärft: Öffentliche Dienstleistungen sind zusammengebrochen, ebenso das Finanzsystem. Die Arbeitslosigkeit steigt, und Covid-19 verschlimmert die Lage.

Vor einem Jahr lebten in Afghanistan bereits 3,5 Millionen Binnenflüchtlinge (internally displaced persons – IDPs). Sie sind besonders gefährdet. Die UN schätzt, dass mindestens 660 000 weitere Menschen von Januar bis September dieses Jahres vertrieben wurden.

Im September hat das Welternährungsprogramm Nothilfe für etwa 4 Millionen Af-

ghanen geleistet. Im Dezember sollen es 9 Millionen sein. Allerdings fehlt es noch an Finanzierung. Deshalb ruft WFP die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, die humanitäre Hilfe aufzustocken und Afghanistan stärker in den Handel mit Lebensmitteln einzubeziehen. „In diesem Winter werden Millionen Afghanen dazu gezwungen sein, sich zwischen Flucht und Verhungern zu entscheiden, wenn wir unsere Hilfsmaßnahmen nicht verstärken und die afghanische Wirtschaft nicht wiederbelebt wird“, sagt WFP-Direktor David Beasley. JD

LINK

Welternährungsprogramm der UN
<https://www.wfp.org/news/half-afghanistans-population-face-acute-hunger-humanitarian-needs-grow-record-levels>

SYRIEN

Rückkehrern drohen Haft und Folter

Auf Millionen syrische Flüchtlinge wächst in Aufnahmeländern der Druck, in das vom Krieg gezeichnete Land zurückzukehren. Doch dort drohen ihnen schwerste Verletzungen ihrer Menschenrechte, wie ein Bericht zeigt.

Von Dagmar Wolf

Seit Beginn des Krieges in Syrien im Jahr 2011 sind mehr als 13,3 Millionen Menschen vor Terror und Gewalt geflohen. Rund die Hälfte davon haben das Land verlassen. Die meisten suchten Zuflucht in den Nachbarländern Türkei, Libanon, Jordanien, Irak und Ägypten. Mehr als eine Million Menschen sind nach Europa geflohen.

Wie viele Geflüchtete nach Syrien zurückgekehrt sind, ist schwer zu sagen, auch weil viele von ihnen über informelle Routen in das Land kommen. Laut den Vereinten Nationen waren es seit 2016 etwa 280 000 Menschen, wobei die tatsächliche Zahl weit höher liegen dürfte.

Mit der Situation der Zurückkehrenden beschäftigt sich die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) in einem Bericht mit dem Titel „You are going to your death“ („Du gehst in deinen Tod“). Laut dem Report ist ein Grund für die Rückkehr zum einen die inzwischen vermeintlich friedliche Situation vor Ort. Tatsächlich wird in Syrien kaum noch militärisch gekämpft. Mithilfe seiner Verbündeten

konnte Machthaber Baschar al-Assad einen Großteil des Territoriums zurückerobern. Vor diesem Hintergrund rief die Regierung Geflüchtete öffentlich dazu auf, nach Syrien zurückzukehren.

Zum anderen erhöht laut dem Bericht die angespannte wirtschaftliche Situation in den Nachbarländern den Druck auf syrische Flüchtlinge. Insbesondere im Libanon hat sich die Lage dramatisch verschlechtert – durch die wirtschaftliche Krise 2019, die Verbreitung von Covid-19 und auch die Explosionskatastrophe in der Hauptstadt Beirut 2020. Die etwa 1,5 Millionen Syrer im Libanon sehen sich demnach zunehmend Anfeindungen der Bevölkerung und Behörden ausgesetzt, die sie für die schlechte Situation verantwortlich machen. (Zur Situation syrischer Flüchtlinge im Libanon siehe Mona Naggar in der Tribüne der digitalen Ausgabe von E+Z/D+C 2020/03.)

Auch in der Türkei, wo etwa 3,6 Millionen syrische Geflüchtete leben, hat sich laut AI die Situation zugespitzt. Die Ressentiments der Bevölkerung gegenüber den Geflüchteten hätten 2019 zu einer Veränderung der Politik geführt. Syrische Flüchtlinge würden aufgefordert, in ihre Heimat zurückzukehren, Straftäter unverzüglich abgeschoben.

Aufgrund der zunehmenden populistischen Strömungen innerhalb ihrer Bevölkerung haben auch einige Länder in Europa wie Dänemark und Schweden ihre Politik

geändert, wie AI berichtet. Insbesondere Menschen aus Damaskus und Umgebung, einer vermeintlich friedlichen Region unter Kontrolle von Assad, liefen Gefahr, nach Syrien abgeschoben zu werden.

VERSCHLEPPUNG, FOLTER, HINRICHTUNGEN

Doch es gebe für zurückkehrende Flüchtlinge keinen sicheren Ort in Syrien, warnt AI. In dem Bericht dokumentiert die Organisation schwerste Menschenrechtsverletzungen an 66 Menschen, darunter 13 Kinder. Sie waren zwischen Mitte 2017 und Frühjahr 2021 in ihre Heimat zurückgekehrt.

Die Betroffenen beziehungsweise deren Angehörige, Anwälte und Mitarbeitende von Hilfsorganisationen berichten von willkürlichen Inhaftierungen, sexueller Gewalt, systematischer Folter, Verschleppung und außergerichtlichen Hinrichtungen durch syrische Geheimdienste. Verübt worden sei die Gewalt an Grenzübergängen sowie in Hafteinrichtungen und Foltergefängnissen des syrischen Regimes. Fünf der Rückkehrenden seien in Haft verstorben, der Verbleib von 17 Menschen sei bis heute nicht bekannt. Die Geheimdienste hätten es gezielt auf zurückkehrende Flüchtlinge abgesehen und betrachteten sie als Oppositionelle, Verräter, Terroristen oder Spione des Auslands, heißt es im Bericht.

In der Konsequenz appelliert AI an die internationale Staatengemeinschaft, syrischen Flüchtlingen internationalen Schutz zu gewähren. Wenn Menschen in ein Land zurückgeführt würden, in dem sie Gefahr liefen, inhaftiert, gefoltert und verschleppt zu werden, verstoße dies gegen das Völkerrecht. Jede Praxis, die Geflüchtete direkt oder indirekt zur Rückkehr nach Syrien zwingt, sei deshalb sofort einzustellen.

LINK

Amnesty International, 2021: You are going to your death. Violations against Syrian refugees returning to Syria.

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde24/4583/2021/en/>



DAGMAR WOLF
ist Redaktionsassistentin bei E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Syrische Soldaten am Grenzübergang Zamrani kontrollieren die Papiere von Geflüchteten, die aus dem Libanon nach Syrien zurückkehren.



Verzweifelte Asylsuchende, die an der polnischen Grenze in Belarus festsitzen.

KRISE AN DER POLNISCHEN GRENZE

„Es gibt machbare, humane Lösungen“

In Europa wird das Thema Zuwanderung seit Jahren kontrovers diskutiert. Rechtspopulistische Parteien machen erfolgreich Stimmung und Politik gegen Migranten und Asylsuchende. Während im Mittelmeer seit Jahren Flüchtlinge mit Gewalt am Grenzeintritt in die EU gehindert werden, spielt sich derzeit ein humanitäres Drama an der belarussisch-polnischen Grenze ab. Der belarussische Diktator Alexander Lukaschenko lockt gezielt Ausreisewillige aus dem Nahen Osten in sein Land, um sie an die polnische Grenze zu bringen und damit Druck auf die EU auszuüben. Polen macht seine Grenzen dicht und drängt die Asylsuchenden mit Gewalt zurück. Der Migrationsforscher Gerald Knaus, der auch die Politik berät, bewertet die Situation.

Gerald Knaus im Interview mit Sabine Balk

Geht die Strategie des belarussischen Machthabers Lukaschenko auf?

Bislang lief es gut für Lukaschenko. Es gelang ihm, mit wenigen tausend Menschen, an denen er auch noch verdiente, die EU vorzuführen. Er zwang die EU, mit ihm wieder als einzigem Machthaber in Minsk zu verhandeln. Die neuen Grenzbefestigungen stoppen auch Dissidenten, die vor ihm in die EU fliehen wollten. Die Bilder von Menschen in großen Gruppen an der Grenze, auch von Gewalt, sollten den Eindruck einer Invasion erwecken und die polnischen Grenzschrützer provozieren. Und deren Verhalten wurde im belarussischen Fernsehen ausgeschlachtet als Ausdruck einer heuchlerischen EU, die Menschen misshandelt.

Und Polen reagiert wie erwartet?

Ja. Die polnische Regierung reagierte mit dem Aussetzen des Asylrechts. Auch andere Länder haben an den EU-Außengrenzen in den vergangenen Jahren mit Härte auf Migration reagiert, an der griechisch-türkischen Grenze seit März 2020, davor schon an der kroatisch-bosnischen Grenze. Ungarn hat Pushbacks – das unrechtmäßige Zurückdrängen von Migranten nach Serbien ohne Verfahren – 2016 sogar legalisiert und hält daran trotz einer Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof im Dezember 2020 fest. So wird an immer mehr EU-Außengrenzen Recht gebrochen. Doch neu ist, dass die EU in der Offenheit, mit der dies in Polen geschieht, kein Problem mehr sah. Ein polnisches Gesetz legalisierte im Oktober Pushbacks. Dieses Aussetzen eines Grundrechts wurde vom Rest der EU als notwendig akzeptiert. Die polnische Regierung forderte für ihre Politik vor allem freie Hand, andere Unterstützung lehnte sie ab. Nicht einmal die europäische Grenzschutzagentur Frontex, deren Zentrale in Warschau liegt, durfte an die Grenze. Hilfsorganisationen und Medien wurden verdrängt, die polnische Opposition beschuldigt, die Krise zu verschärfen. Das alles dient auch als perfekte Ablenkung. Die EU wirft Polen

vor, EU-Recht im Hinblick auf eine unabhängige Justiz zu brechen. An der Grenze verletzt Polen nun offen EU-Recht und andere Regierungen applaudieren. Auch für die Regierung in Warschau stellt sich die EU so als heuchlerisch dar.

Wie könnte die EU aus dieser Zwickmühle wieder herauskommen?

Es braucht dringend realistische, politisch umsetzbare Alternativen zu Rechtsbruch und Gewalt als Grenzstrategie. Weltweit standen in den letzten Jahren mehrmals demokratische Staaten vor der Wahl, an ihren Grenzen entweder die Kontrolle zu verlieren oder diese durch Pushbacks zu erlangen. Und regelmäßig – in Australien, den USA, Griechenland, Kroatien und nun Polen – entschieden sich Regierungen für Pushbacks. In den USA hat Präsident Joe Biden zwar die Politik seines Vorgängers Trump scharf kritisiert, doch als eine immer größere Zahl von Migranten – die größte in einem Jahr seit 1960 – nun versuchte, aus Mexiko irregulär in die USA zu kommen, setzte Biden die Trump'sche Politik von Rückführungen ohne Asylverfahren fort. Allein im September dieses Jahres betraf dies über 100 000 Menschen. So haben wir heute eine weltweite Krise des Flüchtlingschutzes, denn der Kern der Genfer Flüchtlingskonvention – das Non-refoulement-(Nichtzurückweisungs-)Gebot – wird weltweit missachtet. Das ist dramatisch.

Bitte führen Sie das näher aus.

Natürlich dürfen Staaten Grenzen kontrollieren. Sie dürfen auch Menschen abschieben, die ausreisepflichtig sind. Nur haben sich Staaten auch dazu verpflichtet, dies auf der Grundlage von Verfahren zu tun, um die Menschenwürde zu schützen. So entstanden die Flüchtlingskonvention, die Antifolterkonvention, die Kinderrechtskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention. Doch die Geschichte lehrt uns: Auch Grundrechte sind fragil, sobald Regierungen unter Druck das Gefühl haben, ihr Aussetzen sei nicht nur populär, sondern in den Augen von Mehrheiten alternativlos. Es genügt dann auch nicht, wenn Medien und Nichtregierungsorganisationen Missstände und Leid beschreiben, wie seit Jahren zur katastrophalen Lage von Migranten in Libyen. Um etwas zu verändern, braucht es Vorschläge humaner Grenzkontrolle, die nicht im Widerspruch zu Grundrechten ste-

hen. Jene, die Missstände nicht akzeptieren, müssen Vorschläge machen, wie irreguläre Migration ohne Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen reduziert werden kann. Und dann müssen sie Mehrheiten davon überzeugen.

Und wie ginge das konkret?

Es geht um moralischen Realismus. Für Staaten gibt es bei irregulärer Migration an Grenzen drei Optionen:

1. Offene Grenzen, ohne den Versuch, irreguläre Migration zu reduzieren, wie in einigen Monaten 2015.
2. Gewaltsame Grenzverteidigung, durch Pushbacks, Gewalt und abschreckende Behandlung, wie heute in Polen.



Illegale Migranten, die von der libyschen Küstenwache im Mittelmeer abgefangen und zurück nach Libyen gebracht wurden.

3. Einigung mit Drittstaaten, in die Menschen nach einer Prüfung und einem Stichtag überführt werden, wo sie menschenwürdig behandelt werden, und die Chance haben, Schutz zu erhalten, wie in der EU-Türkei-Erklärung vorgesehen.

Das Ziel solcher Einigungen muss es sein, lebensgefährliche irreguläre Migration zu reduzieren, ohne Menschen in ihrer Würde zu verletzen. Einerseits gibt es kein Menschenrecht auf Migration. Andererseits ha-

ben Schutzbedürftige ein Recht auf Schutz, allerdings nicht in einem Land ihrer Wahl. Wenn es eine Einigung mit einem Land außerhalb der EU gäbe, eine auch nur kleine Zahl von Ankommenden nach einem Stichtag dorthin zu bringen, wo sie einen Asylantrag stellen könnten, würde die Strategie von Lukaschenko, Menschen nach Belarus zu locken, scheitern, ohne Pushbacks und Gewalt. Dies könnte ein Land wie die Ukraine sein. Allerdings fragten sich Ukrainer zu Recht: Warum sollten sie heute der EU in der Krise mit Belarus helfen? Sie haben eigene Probleme. Genau das wäre der Ausgangspunkt von seriösen Verhandlungen: Was könnte die EU einem Land wie der Ukraine anbieten, so dass diese ein Eigeninteresse

hätte, ihr zu helfen? Leider kam es dazu nie.

Man hat aber nicht das Gefühl, dass in diese Richtung derzeit etwas passiert. Ist die Ukraine nur ein Beispiel, oder gibt es konkrete Pläne mit dem Land?

Nein, gibt es nicht. 2021 ist es für die EU bequemer, an der Grenze die Rechtsstaatlichkeit zu opfern, als mit einem fordernden Partner zu verhandeln. Der türkische Premierminister schlug der EU 2016 eine

Einigung vor, weil er überzeugt war, es sei im türkischen Interesse. Die Türkei müsse wenig tun, um der EU viel zu helfen. Die EU, auch Deutschland, waren dazu damals bereit. Nehmen wir an, die EU würde der Ukraine heute anbieten, einen Sonderfonds mit 5 Milliarden Euro für die nächsten Jahre für die Entwicklung ihres Energiesystems, für alternative Energien und Anbindungen an die EU zu schaffen, um auch russischem Druck besser zu widerstehen. Brüssel und Kiew könnten über stärkere Einbindung in den europäischen Markt wie über konkrete Maßnahmen reden, die die Ukraine gegen eine mögliche russische Offensive schützen würden. Im Gegenzug würde die Ukraine dann erst ab einem Stichtag jene aufnehmen, die über Belarus nach Litauen und Polen kommen. Sie würde diesen Ländern so gegen Erpressung auch in der Zukunft helfen. Die, die heute in Belarus sind, könnte die EU dann aufnehmen. So wäre eine humanitäre Krise entschärft, die EU müsste nicht mit Lukaschenko verhandeln und die Ukraine wäre als strategischer Partner der EU aufgewertet – in einem Anti-Erpressungspakt gegen Minsk und Moskau. Und das Asylrecht würde nicht geopfert, wie es nun geschieht. Es wäre für beide Seiten sinnvoll gewesen, darüber konkret und vertrauensvoll zu verhandeln. Doch dazu kam es, anders als 2016, bislang nicht.

In Deutschland wäre das eine Aufgabe der sich neu bildenden Regierung.

Es geht dabei um Grundsätzliches. Der Koalitionsvertrag spricht davon, die Flüchtlingskonvention zu achten, Pushbacks zu stoppen, das Leid und Sterben an den Außengrenzen zu beenden und trotzdem irreguläre Migration zu reduzieren. Das aber geht nur mit Partnern und Diplomatie. So zeigt die Krise in Belarus exemplarisch, wie wichtig es ist, von Anfang an nicht nur hehre Ziele, sondern auch Pläne zur Umsetzung zu haben. Es ist ein großartiges Ziel, das Sterben im Mittelmeer und das Leid an den EU-Außengrenzen zu beenden. Aber ohne einen konkreten Plan, von dem man auch europäische Partner überzeugen kann, wird es nicht passieren.

Weshalb ist es nicht möglich, die Flüchtlinge auf jene EU-Staaten zu verteilen, die dazu bereit sind?

Das wäre ein Teil des Plans. Allerdings ist kein Land – auch Deutschland nicht – be-



reit, eine unbegrenzte Zahl aufzunehmen. **Erinnern Sie sich daran, wie schwierig es vergangenes Jahr nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria war, Familien mit Kindern zu verteilen?**

Arbeitsmarktforscher in Deutschland und anderen europäischen Ländern sagen, dass wir dringend Zuwanderung brauchen, um unsere Sozialsysteme und unsere Pflege- und Gesundheitssysteme aufrechtzuerhalten. Ist es nicht paradox, dass wir Menschen, die zu uns wollen, so vehement abwehren?

Das stimmt. Alle unsere Gesellschaften brauchen Zuwanderung. Das ist ein gutes Argument für Migration, aber keines für gefährliche irreguläre Migration. Selbst kleine Zahlen von Menschen, die irregulär kommen, erzeugen eine viel größere Verunsicherung als größere Zahlen regulärer Zuwanderung. Der beste Weg wäre es, mit humanen Methoden, wie Partnerschaften und Rückführungen, irreguläre Migration zu reduzieren und gleichzeitig reguläre Migration zu steigern. Das geht nur, indem man Resettlement, also die Neuansiedlung Schutzbedürftiger, ausbaut – durch mehr legale Einwanderungswege für Flüchtlinge, die Schutz benötigen, aber auch für Menschen, die Arbeit suchen und die gebraucht werden. Unter der alten Bundesregierung gab es eine Fluchtursachenkommission. Diese empfahl, dass Deutschland zumindest so viele Flüchtlinge im Jahr neu ansiedeln solle wie Schweden. Das wären 40 000 Flüchtlinge pro Jahr, die so ohne Schlepper und Lebensgefahr Deutschland erreichen würden. Das wäre ein kohärentes politisches Programm für ein humanes Flüchtlingsregime.

Erwarten Sie, dass die neue Bundesregierung das umsetzen wird?

Leider fehlt im Koalitionsvertrag eine konkrete Zahl dazu. Aber die Grundidee, irregu-

läre Migration durch Aufnahme und reguläre Migration zu ersetzen, ist da. Nun geht es darum, dies konkret umzusetzen.

Wie wird sich die Migration aus Afrika in den kommenden Jahren entwickeln? Sie haben sich oft kritisch über die vielbeschworbenen Bilder einer Masseninvasion oder von Flüchtlingsströmen geäußert.

Ja. Unseriöse Politiker und Autoren erzeugen immer wieder den Mythos einer Masseneinwanderung aus Afrika und eines wachsenden „Migrationsdrucks“. In der Realität sind die Zahlen von regulärer und irregulärer Einwanderung in den vergangenen Jahren kaum gewachsen – trotz Bevölkerungswachstums in Afrika. Es wird immer schwieriger für junge Afrikaner, ein Visum oder eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. Tatsächlich müsste man den Trend umdrehen: Europa müsste reguläre Migration und Austausch von Studenten oder Wissenschaftlern erweitern. Gleichzeitig müsste die EU die irreguläre Migration, die auch 2021 zu unglaublich vielen Toten auf dem Mittelmeer geführt hat, human reduzieren. Das wäre eine kohärente Politik, die, wenn man die realen Zahlen betrachtet und nicht den Mythen glaubt, auch möglich erscheint.

Halten Sie es für möglich, dass es doch noch zu einer Masseneinwanderung aus Afrika nach Europa kommt?

Nein. Entscheidend dafür, wie viele Menschen irregulär Grenzen überschreiten, ist nicht, wie es Menschen geht, sondern wie die Politik von Staaten an Grenzen aussieht und wie wichtig es Mehrheiten in Demokratien ist, dass Kontrolle ohne Verletzung der Menschenwürde erfolgt. Heute gelingt es weltweit nur noch wenigen Flüchtlingen, über Grenzen Schutz zu finden. Schafft es die Ampel-Regierung, dies zu ändern, irreguläre Migration und die Zahl der Toten im Mittelmeer zu reduzieren und das Sterben zu beenden, dafür aber mehr Flüchtlinge legal aufzunehmen, wäre das ein Durchbruch. Ich halte das für möglich.



GERALD KNAUS
ist Gründungsvorsitzender des Thinktanks European Stability Initiative (ESI) und Autor des Buches „Welche

Grenzen brauchen wir?“.

www.esiweb.org

euz.editor@dandc.eu

TIGRAY-KONFLIKT

Flüchtlinge aus Eritrea leiden in Äthiopien

Der bewaffnete Konflikt im Norden Äthiopiens spitzt sich zu. Zu den Leidtragenden gehören Geflüchtete aus dem benachbarten Eritrea. Sie suchen Schutz, erfahren in den Flüchtlingscamps aber Gewalt von mehreren Seiten.

Von Markus Rudolf

Äthiopien erlebt seit November 2020 eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der Zentralregierung in der Hauptstadt Addis Abeba und der Volksbefreiungsfront von Tigray (Tigray People's Liberation Front – TPLF). Letztere stellt die Regionalregierung der nördlichen Provinz Tigray. Details über militärische Operationen gelangen kaum an die Weltöffentlichkeit. Allerdings sind deren Folgen wie Menschenrechtsverletzungen, Flucht und Hunger umso deutlicher sichtbar (siehe meinen Beitrag in der Rubrik Debatte in der E+Z/D+C Monatsausgabe 2021/09).

Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) zählte im Sommer 2021 mehr als 2 Millionen Binnenvertriebene in Tigray. Von dort ausgehend, hat sich der Konflikt inzwischen in die äthiopischen Nachbarregionen ausgeweitet. So spricht die UN unter Berufung auf äthiopische Stellen von mehr als 700 000 Binnenflüchtlingen allein in der angrenzenden Provinz Amhara. Dort sind derzeit mehr als eine Million Menschen auf Nahrungsmittellieferungen angewiesen. Zehntausende Äthiopier flohen zudem vor den Kämpfen nach Westen in den benachbarten Sudan.

In den am stärksten umkämpften Gebieten in Tigray lebt eine besonders bedrohte Gruppe, deren Schicksal wenig Beachtung erfährt: Geflüchtete aus dem nördlichen Nachbarland Eritrea. Laut UNHCR handelte es sich bereits vor Ausbruch des Konfliktes um 96 000 Menschen. Viele von ihnen flohen vor staatlichen Repressionen in ihrer Heimat: Seit dem äthiopisch-eritreischen Konflikt von 1998 bis 2000

verstärkte sich in Eritrea die umfassende Militarisierung der Gesellschaft, die das autoritäre Regime mit einer andauernden Bedrohung durch Äthiopien rechtfertigt. Bürger werden zwangsrekrutiert und müssen für einen Hungerlohn und unbefristet Militärdienst oder andere Dienste für den Staat leisten. Es gibt in Eritrea keine frei-

meinen Beitrag in der Rubrik Debatte in der E+Z/D+C Monatsausgabe 2021/01).

UNSICHERE CAMPS

Seit Ausbruch des Konflikts erfuhren geflohene Eritreer in den äthiopischen Flüchtlingslagern erneut massive Gewalt. Als die äthiopische Armee mithilfe eritreischer Truppen Ende 2020 große Teile Tigrays besetzte, sahen sich die Flüchtlinge demselben Militär gegenüber, dessen Praktiken zur Zwangsrekrutierung sie durch Flucht entgehen wollten.

Ein Bericht von Human Rights Watch zeigt, wie zwischen November 2020 und Januar 2021 mehrfach unterschiedliche militärische Verbände den Bewohnern der



Demonstrierende in London protestieren gegen den Tigray-Konflikt.

en Wahlen. Grundlegende Rechte wie Meinungs- oder Religionsfreiheit werden systematisch verletzt.

Die Flucht nach Äthiopien liegt für viele Eritreer nicht nur geografisch nahe, sondern auch, weil sie enge verwandtschaftliche, kulturelle und sprachliche Verbindungen zur Grenzregion haben. Bei den derzeitigen Kämpfen steht die Ethnie der Tigrinya im Mittelpunkt. Ihre Mitglieder sind sowohl in Eritrea als auch in Tigray an der Macht, aber untereinander bitter verfeindet (siehe

Camps zusetzten. Demnach suchten eritreische Soldaten anhand von Listen Einzelpersonen, die sie dann exekutierten. Sie verschleppten zudem große Teile der verbliebenen Flüchtlinge gegen ihren Willen zurück nach Eritrea. Gleichzeitig überfielen aber auch Milizen aus Tigray zusammen mit oppositionellen Kämpfern aus Eritrea die Flüchtlinge, um sich an vermeintlichen Plünderern zu rächen.

Die beiden am nächsten an Eritrea gelegenen Flüchtlingscamps Hitsats und

Shimelba sind inzwischen völlig zerstört. Die Bewohner mussten erneut fliehen – in zwei weiter südlich gelegene Camps. Auch aus diesen Lagern berichtet UNHCR allerdings bereits von Plünderungen, Entführungen und anderen Formen von Gewalt durch unterschiedliche bewaffnete Gruppen. Nicht zuletzt deshalb wurde im Juni das neue Flüchtlingslager Alemwach in der Provinz Amhara gegründet. Doch inzwischen hat sich die Kampffront auch dort in bedrohliche Nähe verschoben.

PROTESTE FÜR MEHR SICHERHEIT

Selbst in der Hauptstadt Addis Abeba finden die Geflüchteten keine Ruhe. So protestierten dortige Flüchtlinge für mehr Sicherheit für sich und ihre Angehörigen im Konfliktgebiet. Sie berichten über Anfeindungen und Übergriffe: durch Anhänger der äthiopischen Zentralregierung, die sie für Sympathisanten der TPLF halten – aber umgekehrt auch durch Anhänger der TPLF, die sie als Eritreer attackieren. Sie beklagen, dass ihre Angehörigen in den Camps seit drei Monaten fast gänzlich von Hilfsliefer-



ungen und Kommunikation abgeschnitten seien.

Den in Tigray verbliebenen Flüchtlingen droht währenddessen zusammen mit Hunderttausenden anderen aufgrund der schlechten Ernährungslage eine Hungersnot. Im nördlichen Äthiopien seien 870 000 Menschen auf Lebensmittellieferungen angewiesen, berichtete das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – OCHA) im November.

Ein Ende des Konflikts ist nicht in Sicht. Die Hauptakteure sind erklärterma-

ßen auf eine militärische Lösung aus. Die Truppen aus Tigray erobern immer größere Gebiete in den Nachbarprovinzen und haben eine neue Koalition gegen Äthiopiens Präsident Abiy Ahmed ausgerufen. Dieser verkündete währenddessen eine Generalmobilmachung und rief erneut zur endgültigen Vernichtung der TPLF auf. Es ist zu erwarten, dass den größten Preis für diese Eskalation weiterhin eigentlich unbeteiligte zivile Gruppen bezahlen werden – wie die Flüchtlinge aus Eritrea.

LINK

Human Rights Watch: Ethiopia: Eritrean refugees targeted in Tigray.
<https://www.hrw.org/news/2021/09/16/ethiopia-eritrean-refugees-targeted-tigray#>



MARKUS RUDOLF
 ist Senior Researcher am Internationalen Konversionszentrum Bonn (Bonn International Center for

Conversion – BICC).
markus.rudolf@bicc.de



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.

www.twitter.com/forumdc

The screenshot shows the Twitter profile for 'Editorial office D+C'. It includes a profile picture, a bio, and a list of tweets. A large blue thumbs-up icon is overlaid on the right side of the profile.

FLÜCHTLINGE

Räumungsbefehl droht

In den Flüchtlingscamps Kakuma und Dadaab in Kenia leben mehr als 400 000 Flüchtlinge. Im März hieß es, die Lager würden binnen eines Jahres zwangsgeräumt. Für die kenianische Regierung sind sie ein Nährboden für Terrorismus. Der Plan, sie bis Juni 2022 komplett zu schließen, wird aber höchstwahrscheinlich nicht eintreten.

Von Isaac Sagala

Die Pläne der Regierung alarmierten die Flüchtlinge in den beiden Camps. Einige befürchten, in ihre Heimatländer zurückkehren zu müssen, wo die Lage sich oft kaum verbessert hat. Andere sagen, sie seien im Lager zu Hause. Tatsächlich wohnen Generationen von Geflüchteten in den Camps.

Die Flüchtlinge verlangen von der Regierung, die Entscheidung zu überdenken, und werden dabei von Menschenrechtsgruppen unterstützt. „Ich bin hier geboren; ich kenne kein anderes Zuhause“, sagt Hassan Mohamed, ein somalischer Flüchtling, der in Dadaab lebt. „Ich war nie in Somalia; ich weiß nicht einmal, wie es in dem Land aussieht. Dass ich dort leben soll, fühlt sich an wie eine Strafe.“

„Wenn Ihr mich in den Südsudan zurückschickt, was mache ich dort?“, fragt ein Camp-Bewohner in Kakuma, der Deng Bol Deng genannt werden möchte. „Ich kenne dort niemanden. Ich kam 1996 nach Kakuma, da war ich zwei Jahre alt. Ich bin hier aufgewachsen und habe mehr Bildung und mehr Chancen bekommen, als das in meinem Heimatland der Fall gewesen wäre.“

Er fügt hinzu: „In unserer Heimat droht immer noch Krieg. Vielleicht sollten Regierung und UN uns deshalb in einem Drittstaat leben lassen. Eine Arbeitserlaubnis in Kenia wäre für mich kaum hilfreich. Sogar die Leute in unserer Gastgemeinde Kakuma finden ja kaum Arbeit.“

Die Bewohner der Lager haben Angst. Die Schließung der Camps ist ein beliebtes Thema in Kenia, und es gab viele solcher Ankündigungen seitens der Behörden. Neben Sicherheitsbedenken ist die Regierung auch dagegen, dass Flüchtlinge längere Zeit

in den Lagern leben. „Ein Camp ist nicht von Dauer“, sagte die kenianische Außenministerin Raychelle Omamo im April. „Es ist ein Übergangsort. Er ist zu unsicher und zu unwürdig, um Generation für Generation dort zu leben.“

Sie sagte, die Regierung arbeite daran, die Lager zu schließen, ohne den Globalen Pakt für Flüchtlinge zu verletzen. Manche Geflüchtete sollten in ihre Heimatländer zurückkehren, andere sollten in Drittländer geschickt werden. Bürger von Ländern der Ostafrikanischen Gemeinschaft (East African Community – EAC), einer zwischenstaatlichen Organisation, sollten eine Arbeitserlaubnis erhalten und die Möglichkeit, sich in die kenianische Gesellschaft zu integrieren.

Das Lager Kakuma im Nordwesten Kenias wurde 1992 errichtet und beherbergt mehr als 200 000 Flüchtlinge. Die meisten stammen aus dem Südsudan, andere aus dem Sudan, Eritrea, Ruanda, Burundi und Uganda. Das Lager Dadaab wurde 1991 nahe der Grenze zu Somalia gebaut. Die meisten seiner mehr als 200 000 Bewohner sind Somalis.

Dadaab sollte 2013 schon einmal geschlossen werden. Damals bezeichnete das kenianische Parlament das Camp als Trainingsgelände für mutmaßliche Al-Shabaab-Milizen. Diese ostafrikanische, jihadistische Terrorgruppe ist verantwortlich für den Terroranschlag auf das Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi 2013. Auch mit anderen Anschlägen in Kenia wird Al Shabaab in Verbindung gebracht. Auch 2016 versuchte

Kenia, die Lager zu schließen und Flüchtlinge zurückzuführen.

Der neue Anlauf im Frühjahr, Dadaab zu schließen, unterscheidet sich von früheren in einem wichtigen Punkt. Anders als zuvor sei er diesmal nicht von einem sicherheitsrelevanten Vorfall ausgelöst worden, sondern politisch motiviert, argumentiert der Sicherheitsexperte Abdullahi Abdille Shahow auf der Webseite theelephant.org. „Er kam zu einer Zeit, in der die Beziehungen zwischen Kenia und Somalia angespannt waren.“

Auch die antisomalische Stimmungslage in Kenia spielt eine Rolle. Der Plan der Regierung habe vorgesehen, dass somalische Flüchtlinge in ihre Heimat hätten zurückkehren müssen, während Flüchtlinge aus dem Südsudan in Kenia hätten bleiben dürfen, so Shahow. Der Grund: Der Südsudan gehört zur Ostafrikanischen Gemeinschaft – Somalia nicht. Somalis, die in den Camps leben, mögen ein leichtes Ziel sein. Andererseits leben in Kenia viele Somalier – allein in der Hauptstadt Nairobi sind es mehr als in den Lagern.

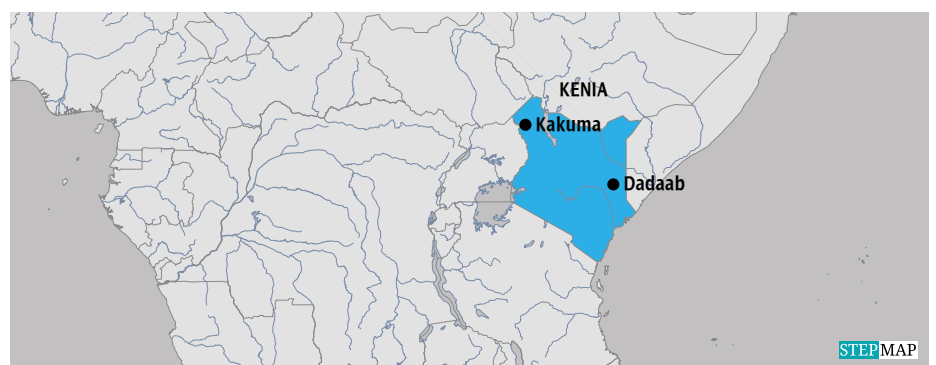
Andere Beobachter glauben, die Regierung wolle auf internationale Geber Druck ausüben: Die drohende Schließung der Lager könnte letztlich zu mehr Finanzmitteln führen.

LINK

Abdullahi Abdille Shahows Kommentar:
<https://www.theelephant.info/features/2021/10/16/dadaab-playing-politics-with-the-lives-of-somali-refugees-in-kenya/>



ISAAC SAGALA
 arbeitet als Journalist und Medien-Trainer. Er lebt in Nairobi.
bwanasagala@gmail.com



BINNENVERTREIBUNG

Das Zuhause verlassen

Mehr als 10 Millionen Nigerianer sind Binnenvertriebene (internally displaced persons – IDPs), zählt die Nationale Kommission für Flüchtlinge, Migranten und Binnenvertriebene. Das sind mehr als die Einwohner Schwedens. Die Zahl ist schnell gewachsen.

Von Ben Ezeamalu

Als Präsident Buhari 2015 sein Amt antrat, gab es in Nigeria nur 1,5 Millionen Binnenvertriebene. Hauptgrund für die Zunahme sind schwere Unruhen, aber auch Naturkatastrophen wie Überschwemmungen. Die Nationale Kommission schätzt, dass allein vergangenes Jahr 300 000 Menschen innerhalb des eigenen Landes vertrieben wurden.

IDP-Zahlen sind nicht zuverlässig. Statistiken sind das selten, sie sind aber besonders schwer präzise zu erheben, wenn Katastrophen passieren und die Menschen an Orten mit schwacher Infrastruktur leben.

Außerdem gilt nicht jeder, der aus Verzweiflung aus seiner Heimat flieht, als Vertriebener. Viele Landbewohner ziehen in der Hoffnung auf ein besseres Auskommen in Städte, sodass die Grenze zwischen Binnenmigration und Binnenvertreibung verschwimmt. Die innenpolitische Debatte in Nigeria konzentriert sich daher auf die Menschen, die in Flüchtlingslagern leben. Pläne der Regierung, diese Lager aufzulösen, werden derzeit heiß diskutiert (siehe Kasten nächste Seite).

Einige Dinge sind jedoch offensichtlich:

- Der Boko-Haram-Aufstand, der 2014 seinen Höhepunkt hatte und vor allem den Nordosten Nigerias betrifft, ist die wichtigste Ursache für Vertreibungen, und der Frieden in der Region ist noch nicht wiederhergestellt.
- Die Ernährungssicherheit verschlechtert sich in ganz Nigeria, und der durch Covid-19 ausgelöste wirtschaftliche Abschwung hat die Probleme noch verschärft. Am schlimmsten ist die Lage in der nordöstlichen Krisenregion.
- Das Leben in den Lagern für Binnenvertriebene ist leidvoll.

GEWALTGEPLAGTE REGION

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks leben derzeit 2,4 Millionen Binnenvertriebene im nigerianischen Teil des Tschadseebeckens. Er umfasst die sechs nigerianischen Bundesstaaten Adamawa, Bauchi, Borno, Gombe, Taraba und Yobe. In Borno begann der Boko-Haram-Aufstand. 2014 kontrollierten die dschihadistischen Extremisten sogar einen Teil des Gebietes. Allein in diesem Jahr töteten sie schätzungsweise 11 000 Menschen.

Auch außerhalb Bornos gab es Anschläge. Nigerias Nachbarländer Kamerun, Tschad und Niger sind ebenfalls betroffen. Manche Menschen sind über die Grenze geflohen, sodass sie jetzt offiziell als Flüchtlinge gelten. In allen betroffenen Ländern gibt es auch Binnenvertriebene. Es ist schwierig, Flüchtlinge von IDPs zu unterscheiden, da auf beiden Seiten einer Landesgrenze meist lokale Sprachen gesprochen werden und viele Menschen keine offiziellen Dokumente besitzen.

Die regionale Krise hat mehrere Dimensionen. Die Bevölkerung wächst schnell, während sich die Wasserknappheit verschärft, insbesondere aufgrund der globalen Klimakrise. Viele junge Menschen sind wütend und verzweifelt, was den militanten Gruppen die Rekrutierung erleichtert. Zu einem gewissen Grad bieten Banden zudem eine Perspektive. In anderen Teilen der Sahelzone ist die Situation ähnlich.

Der Nordosten Nigerias ist weiterhin von Gewalt geplagt, obwohl die Dschihadisten in Nigeria etwas an Boden verloren haben. Buhari gewann die Wahlen 2015 mit dem Versprechen, die Ordnung wiederherzustellen. „Wir werden keine Mühen scheuen, bis wir den Terrorismus besiegt haben“, versprach er kurz nach seinem Wahlsieg. Er nannte es eine „schwierige und dringende Aufgabe“.

Knapp sieben Jahre später ist die Lage weiter angespannt. Verschiedene bewaffnete Gruppen sind aktiv. Von offizieller Seite wird behauptet, es handle sich um ein reines Problem der öffentlichen Ordnung und der Aufstand sei vorbei. Für die gefährdeten Menschen vor Ort macht das jedoch keinen Unterschied.

Internationale Beobachter schlagen Alarm. „Der Konflikt im Bundesstaat Borno und die Gewalt im Nordwesten werden in den kommenden Monaten wahrscheinlich



Präsident Buhari besucht 2019 ein Vertriebenenlager in Katsina.

zunehmen. Es wird weitere Vertreibungen geben und den ohnehin schon extrem schwierigen Zugang für humanitäre Hilfe erschweren“, heißt es in einem im Sommer veröffentlichten Bericht der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und dem Welternährungsprogramm, der prognostiziert: „Die landesweite Inflation und die hohen Lebensmittelpreise werden voraussichtlich weiter steigen und den Zugang zu Nahrungsmitteln beeinträchtigen.“

Internationale Nichtregierungsorganisationen äußern sich besorgt. Im Sommer schätzte Save the Children, dass unter den 2,3 Millionen Kindern und Jugendlichen, die im Nordosten Nigerias hungern, auch 700 000 Kinder unter fünf Jahren sind. Shannon Ward, die Leiterin des Nigeria-Büros der Organisation sagt: „Millionen von Kindern haben bereits ein Jahrzehnt des Leidens, der Gewalt und humanitären Krise hinter sich.“

LEID IN DEN FLÜCHTLINGSLAGERN

Menschen in Flüchtlingslagern sind dem Risiko von Unterernährung, Hunger und sogar dem Verhungern ausgesetzt. Die Versorgung mit Kleidung und Medikamenten ist oft schlecht. Probleme mit der Sanitärversorgung verschärfen das Problem von unzureichender Gesundheitsversorgung. Obwohl viele Kinder und Jugendliche in den Lagern leben, sind die Bildungseinrichtungen schlecht oder gar nicht vorhanden



(siehe Qaabata Boru im Schwerpunkt unseres Digital Monthly 2021/04).

Binnenvertriebene leiden meist stärker unter psychischen Problemen als Menschen, die ihre Heimat nicht verlassen mussten. Nach Angaben des in Genf ansässigen Internal Displacement Monitoring Centre sind Depressionen und posttraumatische Belastungsstörungen weit verbreitet. Professionelle Unterstützung kann helfen, aber in den Lagern fehlt es meist an geschultem Personal.

Die Mehrheit der Erwachsenen in den Vertriebenenlagern sind Frauen. Sexuelle Belästigung und geschlechtsspezifische Gewalt sind leider weit verbreitet. Die Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt, und IDPs sind den Sicherheitskräften ausgeliefert. Nach Angaben des Legal Defence and Assistance Project (LEDAP), einer nigerianischen Interessenvertretung, wurden Frauen und Mädchen in Lagern im Nordosten systema-

tisch im Tausch gegen Nahrung und Wasser sexuell missbraucht. Sogar schwangere Frauen sollen vergewaltigt worden sein. Frauen wurden auch zu Ehen gezwungen oder in die Sklaverei verkauft.

Ähnliche Berichte gab es schon früher. So dokumentierte Human Rights Watch (HRW) 2016 den sexuellen Missbrauch von 43 Frauen und Mädchen, die in Vertriebenenlagern in Maiduguri, der Hauptstadt des Bundesstaates Borno, leben. „Es ist schlimm, dass diese Frauen und Mädchen nicht die dringend benötigte Unterstützung für das schreckliche Trauma erhalten, das sie durch Boko Haram erleiden mussten“, schreibt die HRW-Wissenschaftlerin Mausi Segun. „Richtig beschämend und empörend ist zudem, dass die Menschen, die die Frauen und Mädchen beschützen sollen, sie angreifen und missbrauchen.“

Nicht nur das Leben in den Vertriebenenlagern ist leidvoll, auch viele Nigerianer sind in Not. Die Ernährungsunsicherheit wird immer schlimmer. Selbst wohlhabende Menschen in Nigeria sehen nur sehr begrenzte Perspektiven für sich selbst – und viele wollen in reichere Länder auswandern (siehe meinen Kommentar im Schwerpunkt im E+Z/D+C Digital Monthly 2021/09).



BEN EZEAMALU
arbeitet als Journalist für die
Premium Times in Lagos.
ben.ezeamalu@gmail.com
Twitter: @callmebenfigo

Sicherheit geht vor

Im Oktober kündigte Nigerias Regierung an, die Lager für Binnenvertriebene zu schließen. Zuvor hatte die Landesregierung von Borno die gleiche Absicht geäußert. Das große Problem ist, dass es für Binnenvertriebene nicht sicher ist, nach Hause zurückzukehren.

Imaan Sulaiman-Ibrahim leitet die Nationale Kommission für Flüchtlinge, Migranten und Binnenvertriebene in

Nigeria. Ihrer Meinung nach sind die Vertriebenen schon zu lange in Lagern untergebracht. „Wir können uns nicht weiter um Menschen kümmern, die in der Lage sind, zum Aufbau der Nation beizutragen.“ Stattdessen müssen sie befähigt werden, das Land mit aufzubauen, sagt sie. Ihre Aussage ergibt Sinn, trifft aber nicht das Hauptproblem. Die Mehrheit der Nigerianer kämpft um ihre Existenz.

Im Mai kündigte der Gouverneur des nordöstlichen Bundesstaates Borno, Babagana Zulum, die Schließung eines der 27 Flüchtlingslager in Borno an. Die Menschen wurden zurück in ihre Dörfer geschickt. Zulum verkündete, alle Lager bis Ende 2021 schließen zu wollen. Die Sicherheitslage in Borno, wo die Dschihadistenmiliz Boko Haram zuerst für Unruhe sorgte, ist jedoch weiterhin angespannt (siehe Hauptartikel). Schätzungen zufolge wurden in den letzten fünf Monaten 74 Zivilisten und 70 Sicherheitsbeamte in Borno getötet. Sogar

ein Konvoi, in dem Zulum unterwegs war, wurde angegriffen.

Die Vertriebenen wollen nicht nach Hause zurückkehren, weil sie Angst um ihre Sicherheit haben. Sie bezweifeln, dass sie die versprochene Unterstützung für Landwirtschaft, wie Saatgut, Pestizide und Dünger, erhalten werden. Roland Schönbauer, ein Sprecher des UN-Flüchtlingshilfswerks, sieht das ähnlich. Was bei der Neuansiedlung von Binnenvertriebenen wirklich zähle, ist Sicherheit, nicht Zeit, sagt er. BE

WOHNEN

Geschäft mit informellen Mietobjekten

Millionen Menschen, die in Slums wohnen, sind von Vertreibung durch Zwangsräumung bedroht. Dabei sind illegale Siedlungen für sie oft die einzige Chance, unterzukommen. Wer von diesem informellen Immobilienmarkt profitiert, das beleuchtet eine neue Studie anhand einer Siedlung in der westafrikanischen Millionenstadt Abidjan.

Von Irit Eguavo

In vielen Großstädten des globalen Südens ist legaler Wohnraum für arme Stadtbewohner unbezahlbar. In ihrer Not errichten sie deshalb selbst Unterkünfte auf öffentlichem Grund. So entstehen ungeplante Siedlungen in Randlagen. Mit der Zeit investieren die Bewohner*innen in die Qualität ihrer Häuser sowie in soziale Beziehungen. Sie verwandeln so ihre Siedlungen in Gemeinschaften und funktionierende Viertel, die oft über Jahrzehnte hinweg von städtischen Behörden toleriert werden. Doch die Wohnbedingungen dort bleiben prekär, weil den Bewohnern sichere Landrechte verwehrt bleiben und sie Räumungen durch die Behörden fürchten müssen (siehe D. Mitlin

und D. Satterthwaite im Schwerpunkt der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/01).

Entwicklungsprogramme zur Stadtentwicklung in Afrika und anderswo setzen häufig bei der rechtlichen Anerkennung und baulichen Aufwertung solcher Spontansiedlungen an. Eine neue ethnographische Studie lenkt nun den Blick auf wichtige, aber oft übersehene Akteure im illegalen Wohnungsbau. Und sie beleuchtet wirtschaftliche Dynamiken, die bei der Entstehung von bezahlbarem Wohnraum eine Rolle spielen können.

Die Studie untersucht die schnell wachsende Spontansiedlung Adjahui in der Küstenmetropole Abidjan, dem wirtschaftlichen Zentrum der Côte d'Ivoire. Die Siedlung im Stadtbezirk Port-Bouët entstand ab 2011 ungeplant auf einer Halbinsel der innerstädtischen Lagune. Bis Mitte 2018 zählte sie bereits 60 000 neue Bewohner*innen.

ORTSFREMDE INVESTOREN ÜBERNEHMEN

Adjahui entstand, als Stadtbewohner*innen nach einer Räumung in der Nachbarschaft das öffentliche Land besetzten. Sie etablierten aus eigener Kraft eine städtische Infra-

struktur, inklusive Markt, Schulen, Fährhafen, Moscheen und Kirchen. Zunächst integrierten sie weitere Obdachlose, die bei ihnen anklopften. Als der Zustrom nicht abriß, bauten sie erste Hofgemeinschaften (siehe Kasten nächste Seite), deren Zimmer sie günstig an Neuankommlinge vermieteten. Da in der Umgebung weitere Räumungen stattfanden und die Mieten aufgrund von Stadterneuerung und Gentrifizierung stiegen, blieb die Nachfrage nach billigen Zimmern in Adjahui weiterhin sehr hoch.

Bereits nach wenigen Jahren bestimmten andere Akteure das Geschehen: ansässige Immobilienmakler und ortsfremde private Kleininvestoren wie Marktfrauen, Pensionäre oder transnational agierende Händler*innen. Sie investieren in Hofgemeinschaften zur Vermietung, die sie auf eigene Kosten von ansässigen Bauunternehmen in Modulbauweise errichten lassen. Diese Investitionen sind einerseits riskant, denn die Distriktregierung könnte Adjahui jederzeit räumen lassen. Falls aber andererseits die Nachfrage nach billigen Zimmern zur Miete anhält und die Spontansiedlung noch eine Weile toleriert wird, amortisieren sich die Investitionen schon nach wenigen Jahren. Danach fahren die Mietobjekte lukrative Gewinne ein.

Gebaut wird auf Grundstücken, für die gewohnheitsrechtliche Landrechte erworben werden. Dabei handelt es sich nicht um Grundeigentum, sondern um Nutzungsrechte, deren Dauer nicht definiert ist. Die Baukosten für einstöckige Hofgemeinschaften sind überschaubar, da weder Erschließungskosten, Genehmigungen noch Bauvorschriften zu beachten sind. Einen Wettbewerb oder Preiskampf um Grundstücke mit Wohnungsbaugesellschaften oder akkreditierten Baufirmen gibt es nicht. Teils ersetzen Investor*innen nach einigen Jahren die Holzgebäude durch Steinbauten, die höhere Gewinne versprechen. Oft hegen sie die Hoffnung, dass eine „ordentliche Siedlung“ größere Chancen auf legale Anerkennung habe und sie danach rechtmäßige Eigentümer des Grundstücks würden.

MAKLER SPIELEN ENTSCHEIDENDE ROLLE

Der illegale Mietwohnungsbau in Adjahui wird ermöglicht durch nicht akkreditierte Immobilienmakler, die selbst in der Siedlung wohnen. Viele waren zunächst als Bauunternehmer tätig oder verkauften Baumaterial an die Kleininvestoren. Schrittweise



Der informelle Immobilienmarkt blüht: Hofgemeinschaft und Werbung für Mietobjekte in Abidjan.



übernahmen sie immer mehr Aufgaben der Wohnungsverwaltung, etwa die Auswahl der Mieter, das Aufsetzen der Verträge oder das persönliche Einsammeln der Monatsmiete. Die Makler verfügen über sehr gute Ortskenntnisse und sind in lokale Netzwerke eingebunden. Sie können den ortsfremden Investoren deshalb ein Dienstleistungspaket anbieten, das deren Engagement auf finanzielle Transaktionen beschränkt.

Die Makler übernehmen durchaus soziale Verantwortung gegenüber den Mietern. Die Mieten blieben über die Jahre günstig und orientierten sich an den ortsüblichen geringen Einkommen. Konnten diese von potentiellen Mietern nicht aufgebracht werden oder waren Mieter mit Zahlungen in Verzug, legten die Makler bei den Vermieter*innen ein gutes Wort für sie ein. Manche sprangen in Notfällen sogar mit eigenem Geld ein.

Ein Zimmer in Adjahui oder einer anderen Spontansiedlung ist oft die letzte Möglichkeit, in der Stadt ein Dach über dem Kopf zu haben. Die meisten der mehr als 300 in der Studie interviewten Haushalte zeigten

sich entsprechend froh, in Adjahui untergekommen zu sein. Beschwerden über die Wohn- und Lebensqualität in der Siedlung halten sich in Grenzen, trotz Herausforderungen wie einer eingeschränkten Mobilität aufgrund der Lage oder fehlender Stromversorgung. Viele Bewohner*innen von Adjahui sind davon überzeugt, dass sich Wohnverhältnisse, Infrastruktur und Dienstleistungen in Zukunft positiv entwickeln, und hoffen, dass die Siedlung irgendwann von der Distriktregierung anerkannt wird.

Die neue Studie bestätigt, worauf bereits Untersuchungen internationaler Großstädte seit spätestens Mitte der 1990er-Jahre hingewiesen haben: Investitionen in Slums können sich durchaus lohnen. Informelle Immobilienmärkte in Spontansiedlungen, Spekulation und ihre Akteure verdienen mehr Aufmerksamkeit in Forschung und Entwicklungszusammenarbeit. Nicht weil diese Akteure aus Mitgefühl für ihre ärmeren Mitbürger handeln, sondern weil Privatleute auf diese Weise kurzfristig große Mengen an dringend benötigtem Wohnraum

herstellen, den sonst niemand bauen möchte. Außerdem gilt es, sich immer wieder die unterschiedlichen Interessen von Mietern, ansässigen Eigentümern und ortsfremden Kleininvestoren bewusst zu machen und mitzudenken, welche Auswirkungen eine rechtliche Anerkennung auf diese einzelnen Interessengruppen hätte.

LITERATUR

Eguavoën, I., 2021: "We do the social." Deal-making by non-accredited estate agencies, small-scale investors and tenants around low-cost rental housing in Abidjan, Côte d'Ivoire. *Afrika Focus* 34(2): 183-213. doi:10.1163/2031356X-34020007



IRIT EGUAVOËN
arbeitet am Geographischen Institut der Universität Bonn. Sie forscht seit 2017 in Abidjan. Ihre Studie wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert (EG 381/1-1).
eguaivoen@uni-bonn.de

Wohnungsnot in Abidjan

Zwei Drittel der circa 5 Millionen Einwohner Abidjans wohnen als Mieter. Mehr als ein Drittel von ihnen muss mit einem Einkommen unterhalb der ivoirischen Armutsgrenze auskommen. Viele wohnen in informell gebauten Wohnungen und sind permanent von Vertreibung beziehungsweise Zwangsräumung bedroht. Am günstigsten sind einfache, circa neun Quadratmetergroße Wohneinheiten innerhalb einer Hofgemeinschaft. Das heißt, die Nachbarn teilen sich den Hof und die Sanitäreinrichtungen. Je nach Ausstattung kosten die billigsten Zimmer umgerechnet zehn bis 15 Euro Miete pro Monat und bestehen aus einem fensterlosen Raum aus Holz.

In Abidjan herrscht akute Wohnungsnot. Formaler Woh-

nungsbau auf öffentlichem Land kann nur durch den Staat selbst erfolgen. Allerdings fördert das aktuelle ivoirische Regierungsprogramm für sozialen Wohnungsbau ausschließlich den Bau und die Finanzierung von Wohneigentum für die Mittelschicht, wo ebenfalls Engpässe bestehen. Wohlfahrtsorganisationen, die



Die einfachen Wohneinheiten aus Holz werden in Modulbauweise hergestellt.

im Wohnungsbau für ärmere Schichten tätig sind, haben sich aus Abidjan zurückgezogen, weil die Eigentumsverhältnisse an Grundstücken oft nicht klar sind und daraus Landkonflikte entstehen. Sie könnten nur gemeinsam mit der Regierung auf öffentlichen Grundstücken agieren. Doch die gewünschten Kooperationen kamen nicht zustande. Entsprechend existiert in Abidjan neben dem Mietmarkt für formal errichtete Immobilien auch ein informel-

ler Mietmarkt, der vor allem Immobilien in Spontansiedlungen umfasst.

Verschärft wird die Situation durch die Räumungspolitik der Distriktregierung, der obersten Verwaltungseinheit der Metropole. Sie machte seit 2011 Dutzende Spontansiedlungen dem Erdboden gleich, weil diese von Hochwasser oder Hangstürzen bedroht waren oder sich auf öffentlichen Grundstücken befanden. So verschwand ein Teil der Mietwohnungen im niedrigsten Preissegment, für den die Regierung allerdings keinen Ersatz schuf. Viele einkommensschwache Mieter*innen aus diesen geräumten Siedlungen suchten daraufhin Wohnraum in anderen Spontansiedlungen. Das führte dazu, dass die Bevölkerungsdichte und -anzahl dieser Siedlungen innerhalb weniger Jahre rapide anstieg, wie auch das Beispiel Adjahui zeigt.

LATEINAMERIKA

Gefährliche Reise

Migranten, die über Mexiko in die USA fliehen, müssen viele Hindernisse überwinden. Beide Staaten sollten mehr tun, um die Sicherheit der Migranten zu gewährleisten und ihre Rechte zu schützen.

Von Virginia Mercado

Seit eineinhalb Jahren ist die Bewegungsfreiheit wegen Covid-19 eingeschränkt – doch die Migration in Lateinamerika nimmt kein Ende. Trotz der Ansteckungsgefahr und anderer gravierender Probleme auf dem Weg verlassen die Menschen weiterhin ihre Heimat. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie haben die Lebensbedingungen in vielen Ländern Lateinamerikas und der Karibik verschlechtert. Mehr Familien denn je suchen ein besseres Leben im Norden.

Trotz hochgradig gefährlicher Fluchtwege machen sich viele Menschen lieber auf den Weg ins Ungewisse, als in ihren Heimatländern zu bleiben. Dort herrschen oft furchtbare Umstände: politische Krisen, organisierte Kriminalität, Bandengewalt, extreme Armut, Klimawandel und Naturkatastrophen. Einige Migranten ahnen nicht, welche Gefahren unterwegs auf sie lauern: von Menschenhandel und Schmuggel über Entführungen bis hin zu Mord. Manche verdursten in der Wüste, andere ertrinken im Grenzfluss Rio Grande. Die Probleme sind

nicht neu (siehe meinen Aufsatz im Schwerpunktteil der Digitalen Monatsausgabe von E+Z/D+C 2016/02). Aber sie werden schlimmer. Trotz einer kurzen Flaute auf dem Höhepunkt der Pandemie sind die Zahlen jetzt höher als 2019: Seit Anfang 2021 verzeichnet Mexiko jeden Monat Rekordzahlen an Flüchtlingen.

Immer mehr Menschen sind ohne Papiere unterwegs. Im Jahr 2020 erfassten die mexikanischen Einwanderungsbehörden 82379 Personen, von denen drei Viertel in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt wurden. Im Jahr 2021 stieg die Zahl der Menschen ohne gültige Papiere allein von Januar bis August auf 148903 an. Davon wurden 59080 Erwachsene und 5511 Minderjährige in ihre Heimat zurückgeschickt. Offiziell wird das „assisted repatriation“ genannt – „unterstützte Rückführung“.

Viele Migranten versuchen, ihren Aufenthalt in Mexiko zu legalisieren. Vor den Einwanderungsbehörden warten sie lange auf die Bearbeitung ihrer Anträge. Doch ihre Zahl übersteigt die Kapazitäten der mexikanischen Behörden. Andrés Ramírez, Leiter der COMAR (Nationale Kommission für Flüchtlingshilfe), twitterte, bis Ende August seien 77559 Anträge registriert worden – 10 Prozent mehr als im gesamten Jahr 2019, als mit 70423 ein neuer Rekord gebrochen wurde.

Nicht von allen Migranten, die sich in den Norden aufmachen, ist die Nationalität bekannt. Doch einige Gruppen stechen hervor: Die Zahl der Haitianer ist 2021 aufgrund der politischen Krise und der Naturkatastrophen in diesem Land stark angestiegen. Andere große Gruppen sind Honduraner, Guatemalteken, Salvadorianer, Kubaner und Venezolaner.

Auch viele Mexikaner fliehen. Tatsächlich werden die meisten Asylanträge in den Vereinigten Staaten von Mexikanern gestellt. Viele wollen dem organisierten Verbrechen und der Bandengewalt entkommen, die das Leben in einigen mexikanischen Städten unmöglich gemacht haben.

Währenddessen häufen sich Beschwerden über die Notunterkünfte für Migranten. Es fehlt an Vorräten, Lebensmitteln und Medikamenten, die sanitären Bedingungen sind schlecht, und die Bearbeitung der Anträge dauert zu lange. Die Aussichten für diejenigen, die es bis zur US-Grenze schaffen, sind nicht besser. Migranten können wochen- oder monatelang vor geschlossenen Grenzen festsitzen – unter Bedingungen, die manche als menschenrechtsverletzend beschreiben. Am Ende werden die meisten von ihnen abgeschoben.

Zudem gibt es Hinweise auf Gewalt gegen Migranten, ausgeübt sowohl von mexikanischen als auch von US-Behörden. So wurden Haitianer von berittenen Grenzpolizisten gejagt, als sie den Fluss überqueren, um Lebensmittel zu holen. Außerdem attackierten Grenzbeamte Migranten in einem Wohnwagen. Solche Taten werfen ernste ethische Fragen auf. Gleiches gilt für die zunehmende Anzahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die vielen Risiken ausgesetzt sind.

Migration ist ein wachsendes Phänomen in der südlichen Hemisphäre. Das wird wahrscheinlich auch so bleiben. Zigtausende Menschen fliehen vor unhaltbaren Zuständen und treffen auf Diskriminierung und Xenophobie. Es muss ein humanerer Weg gefunden werden, um den Menschen den Weg in ein besseres Leben zu ermöglichen.



VIRGINIA MERCADO
ist Wissenschaftlerin an der
Universidad Autónoma del
Estado de México (UAEMex)
und Dozentin für Friedens-

und Entwicklungsstudien.

virmercado@yahoo.com.mx



Migrantin in einer überfüllten Unterkunft in Ciudad Juárez nahe der US-Grenze.



Nur wenige dürfen nach Hause, wenn sie möchten: Frauen im Rotlichtbezirk von Kolkata im Dezember 2020.

SEXUELLE AUSBEUTUNG

Menschenhandel in Nepal

Viele nepalesische Frauen und Mädchen leben im Ausland als Sexarbeiterinnen unter sklavenähnlichen Bedingungen. Scham, Stigma, fehlende Dokumente und Gewalt halten sie gefangen. Einige zivilgesellschaftliche Organisationen haben diesen Zuständen den Kampf angesagt.

Von Rukamanee Maharjan

Nepal ist eine patriarchalische Gesellschaft, in der Frauen gegenüber Männern als minderwertig gelten. Viele Familien sehen in Mädchen vor allem eine Last und versuchen, sie möglichst früh zu verheiraten. Vor allem in armen ländlichen Gegenden, wo viele unterhalb der Armutsgrenze leben, schicken Familien ihre Kinder in die Städte oder sogar ins Ausland, um zu arbeiten.

In Nepal herrschte früher das Kamalari-System. Das bedeutet, Mädchen aus ärmeren Gegenden wurden weggeschickt, um als Hausangestellte von Landbesitzern, Geschäftsleuten oder Beamten zu arbeiten. Das Kamalari-System wurde zwar per Gesetz abgeschafft, es existiert aber de facto

immer noch bis zu einem gewissen Grad. Solche Traditionen sind in vielen Ländern mit geringen Einkommen sehr mächtig. Die Mädchen sind meist etwa acht Jahre alt, wenn sie ihr Zuhause verlassen, manchmal aber auch erst fünf.

Es liegt auf der Hand, dass solche Stellenangebote vielen armen Familien lukrativ erscheinen. Das gilt auch für manche Heiratsanträge. Doch kriminelle Netzwerke beuten diese Familien aus. Sie versprechen geregelte Mahlzeiten, gute Kleidung und ein Blechdach über dem Kopf – und die Eltern geben ihr Kind in die Hände einer völlig fremden Person.

Auf diese Weise senden viele Eltern ihre Töchter in die Sexsklaverei, ohne es zu wissen. Tausende Frauen und Mädchen werden deshalb in Bordellen ausgebeutet – oder in privaten Haushalten in Indien, dem Mittleren Osten, Südostasien oder sogar Afrika. Auch China scheint ein beliebtes Zielland für Menschenhandel aus Nepal zu werden, wie jüngste Berichte zeigen.

Traditionell werden nepalesische Frauen und Mädchen ins Nachbarland In-

dien geschickt, wo ihr relativ heller Hautton als attraktiv gilt. Außerdem kursiert der Aberglaube, dass Sex mit nepalesischen Jungfrauen verschiedene Krankheiten heilen könne, darunter HIV/Aids. Da die Grenze zwischen Indien und Nepal offen ist, wird Indien auch als Durchreiseland genutzt.

Im Jahr 2013 wurden 108 junge Frauen und Kinder an der indisch-nepalesischen Grenze aufgegriffen, wie es in einer Studie des indischen Grenzschutzbeamten Sasashtra Seema Bal von 2018 heißt. Bis 2017 stieg diese Zahl auf 607. Und die Nationale Menschenrechtskommission von Nepal berichtete 2019, dass etwa 35 000 Personen in Nepal dem Menschenhandel zum Opfer fielen, darunter 15 000 Frauen und 5 000 Kinder. Weitere 1,5 Millionen seien davon bedroht. Die tatsächlichen Zahlen sind vermutlich höher, weil nicht dokumentierte Fälle in den offiziellen Statistiken nicht auftauchen. Laut der Kommission ist Menschenhandel sowohl im Inland als auch grenzüberschreitend verbreitet.

Ursachen für diese schlimme Entwicklung sind extreme Armut, Arbeitslosigkeit und die schlechte Umsetzung der nepalesischen Gesetze gegen Menschenhandel. Viele Nepalesen wandern aus (siehe Kasten nächste Seite), deshalb hat die Regierung Reisen ins Ausland eingeschränkt. Insbesondere hat sie es erschwert, das Land zu verlassen, um als Haushaltshilfe zu arbei-

ten. Die Idee dahinter: die Menschen vor möglicher Ausbeutung schützen.

Eine Folge davon ist allerdings, dass nun mehr Frauen und Mädchen das Land ohne gültige Dokumente verlassen. Das macht sie noch angreifbarer. Illegale Einwanderinnen wissen, dass sie sich nicht an staatliche Behörden wenden können, um Unterstützung zu erhalten. Sie sind somit leicht zu manipulieren und zu kontrollieren. Schleuser nehmen deshalb ihren Opfern bewusst Pässe und andere Identitätsnachweise ab.

Wer an ein Bordell verkauft wurde, sitzt in der Falle. Es ist sehr schwer für die Opfer, dieser Situation zu entkommen – und noch schwerer, nach Hause zurückzukehren. Scham und Stigmatisierung spielen eine große Rolle. Außerdem sind viele schwer traumatisiert durch sexuellen Missbrauch und andere Formen von Gewalt. Die Opfer haben häufig ein sehr geringes Selbstwertgefühl. Viele glauben weder daran,

dass sie jemals wieder ein normales Leben führen können, noch dass ihnen dies überhaupt zustehe.

WEIT VERBREITETES MUSTER

Dass Frauen aus ärmeren Ländern in reichen Ländern als Sexarbeiterinnen ausgebeutet werden, ist ein wiederkehrendes Muster auf internationaler Ebene. In der EU sind beispielsweise viele Frauen aus Osteuropa oder Afrika in Rotlichtbezirken gefangen. In den USA sind viele lateinamerikanische Frauen betroffen.

Hoffnung macht, dass einige Opfer sich erfolgreich wehren – wie Chari Maya Tamang. Sie wurde mit 16 Jahren von Nepal in ein indisches Bordell geschleust und dort knapp zwei Jahre lang ausgebeutet. Durch eine staatliche Razzia kam sie frei und kehrte nach Nepal zurück. Doch in ihrer Heimat stieß sie auf Ablehnung. Allerdings fand sie als Erste den Mut, zur Polizei zu gehen und ihre Schleuser

anzuzeigen. Im Jahr 1997 befand ein Gericht dann acht Männer für schuldig.

Gemeinsam mit anderen Opfern von Menschenhandel gründete Tamang im Jahr 2000 eine zivilgesellschaftliche Organisation namens Shakti Shamuna, die sich für die Rechte der Opfer von Menschenhandel einsetzt und 2013 den prestigeträchtigen Ramon Magsaysay Award gewann. Eine andere wichtige Organisation heißt Maiti Nepal.

Tamang hat ein Beispiel gesetzt und damit viele inspiriert: Immer mehr befreite Opfer von Menschenhändlern verklagen diejenigen, die für ihr Leid verantwortlich sind. In vielen Ländern weltweit ist Tamangs Schicksal mittlerweile bekannt – und was sie trotz allem erreicht hat.



RUKAMANEE MAHARJAN
ist Juradozentin an der
Tribhuvan-Universität in
Kathmandu.
rukumaharjan@gmail.com

Nicht immer freiwillig

Migration aus wirtschaftlichen Gründen gilt normalerweise als freiwillig – dabei kann sie durch unfreiwillige Aspekte wie Schuldknechtschaft motiviert sein. Was aussieht wie eine individuelle Entscheidung, kann außerdem im größeren Maßstab wichtig für ein ganzes Land sein. Nepals Wirtschaft hängt beispielsweise davon ab, dass Nepalesen im Ausland arbeiten.

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Nepal liegt unter 900 Dollar jährlich. Das Land steckt aus verschiedenen Gründen in der Armut fest: Es erlebte bis 2006 ein Jahrzehnt voller bewaffneter Konflikte (siehe meinen Beitrag im Schwerpunkt in der Digitalen Monatsausgabe von E+Z/D+C, 2020/08) und im April 2015 ein verheerendes Erdbeben. Auch Covid-19 (siehe Jonathan Men-

ge im Covid-19-Tagebuch der Digitalen Monatsausgabe von E+Z/D+C 2020/06) sowie Überflutungen und Erdbeben verschärfen die Situation.

Laut dem offiziellen nepalesischen Bericht zur Arbeitsmigration haben allein in den Jahren 2017/2018 und 2018/2019 beinahe 600 000 amtlich registrierte Personen das Land verlassen. Hinzu kommen jene ohne gültige Papiere.

Die nepalesische Regierung erkennt an, dass Arbeitsmigration ins Ausland für die Wirtschaft eine wesentliche Rolle spielt. Laut Weltbank machen die damit verbundenen Überweisungen knapp ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Viele Nepalesen kehren zudem besser qualifiziert in ihre Heimat zurück. Was seltener gesagt wird: Ohne Migration wäre der Wettbewerb in Nepal

härter, was destabilisierende Folgen für das Land hätte.

Manche Migranten zahlen allerdings einen hohen Preis. So sorgte etwa die Ausbeutung ausländischer Arbeiter auf den Baustellen der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar weltweit für Schlagzeilen. Die nepalesischen Zeitungen sind voll von Geschichten über das Leid der Migranten: Ihre Löhne werden einbehalten, sie machen massenhaft Überstunden oder müssen ihre Identitätsnachweise abgeben. Zudem droht vielen die Denunzierung gegenüber Behörden, physische und sexuelle Gewalt sowie Zwangsarbeit. Auch Menschenhandel und Prostitution sind ein großes Problem (siehe Haupttext).

Laut Verité, einer zivilgesellschaftlichen Organisation mit Sitz in den USA, lassen sich nepalesische Arbeiter auch deshalb auf sehr harte und sogar illegale Arbeitsbedingungen im Ausland ein, weil in Nepal selbst Menschenhandel, Schuld-

knechtschaft und Kinderarbeit seit Langem verbreitet sind. Felipe González Morales, der UN-Sonderberichtersteller zu den Menschenrechten von Migranten, kam Anfang 2018 zu ähnlichen Schlüssen. Er bemängelte, dass die Regierung ihre Reformen nicht effektiv genug umgesetzt habe, um die Lage zu verbessern.

Dennoch ist nicht alles schlecht. Im aktuellen TIP-Bericht über Menschenhandel (Trafficking in Persons Report) des US-Außenministeriums ist Nepal in die Kategorie 2 eingestuft. Das bedeutet, es erfüllt zwar nicht alle Mindeststandards, um Menschenhandel zu unterbinden, aber unternimmt zumindest erhebliche Anstrengungen. Beispielsweise ist Nepal kürzlich dem UN-Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels (Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons, especially Women and Children) beigetreten. RM

SOZIALPOLITIK

Soziale Sicherung für Menschen auf der Flucht

Wenn es darum geht, Fluchtursachen zu mindern und Fluchtbewegungen zu bewältigen, können soziale Sicherungssysteme einen erheblichen Beitrag leisten. Allerdings braucht es eine bessere Abstimmung an den Verbindungsstellen zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung.

Von Maren Suchta-Platzmann und Amédé Schmitz

Ende 2020 meldete das UN-Flüchtlingshochkommissariat (United Nations High Commissioner for Refugees – UNHCR) erneut so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie zuvor in der Geschichte der Organisation. Um auf die Herausforderungen von Fluchtbewegungen angemessen reagieren zu können, hat sich die internationale Gemeinschaft auf eine bessere Verzahnung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung geeinigt – den sogenannten Humanitarian-Development-Peace Nexus (HDP-Nexus).

Der UN-Flüchtlingspakt von 2018 greift diesen Ansatz auf. Er sieht vor, Verantwortung innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft gerechter aufzuteilen. Einer seiner Schwerpunkte liegt darin, in den oft armen Aufnahmeregionen sowohl der dortigen Bevölkerung als auch den ankommenden Flüchtlingen längerfristige Perspektiven zu eröffnen, statt sie in weitgehend unabhängig voneinander betriebenen Systemen zu versorgen.

Es ist sinnvoll, diese Anstrengungen auszubauen – durch soziale Sicherungssysteme. Damit die betroffenen Staaten eine bessere Abdeckung erreichen, müssen verschiedene Regierungsstellen nachhaltiger zusammenarbeiten. Es braucht dafür umfassende, leistungsfähige staatliche Systeme. Ein vielversprechendes Instrument heißt „anpassungsfähige soziale Sicherung“. Es erfährt derzeit wachsende Beachtung, auch weil sich bestehende Systeme so-

zialer Sicherung in der Covid-19-Pandemie bewährt haben, indem sie betroffene Bevölkerungsteile erfolgreich unterstützten. Mit „soziale Sicherung“ sind alle Maßnahmen und Programme gemeint, die darauf abzielen, Menschen vor Armut und sozialer Ausgrenzung zu schützen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf gefährdeten Gruppen. Soziale Sicherungssysteme können individuellen Schutz bieten, etwa bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit Einzelner. Sie können aber auch bei kollektiven Krisen hilfreich sein.

Tritt eine Katastrophe ein, kann ein Staat beispielsweise eine bereits bestehende Grundsicherung auf weitere Personen ausweiten oder die ausbezahlten Gelder dem erhöhten Bedarf anpassen. In diesem Fall spricht man von anpassungsfähiger sozialer Sicherung. Sowohl in Herkunfts- als auch in Aufnahmeländern können so soziale Sicherungssysteme langfristig Armut reduzieren, soziale Ungleichheiten abbauen und Menschen vor den Folgen von Krisen schützen. Sie haben somit das Potenzial, wichtige strukturelle Ursachen von Flucht zu mindern.

Funktionierende soziale Sicherungssysteme in Herkunftsländern können dazu

beitragen, Fluchtursachen zu mindern. Bei der Eingliederung von Menschen auf der Flucht in nationale Sicherungssysteme in Aufnahmeländern gibt es allerdings bestimmte Herausforderungen zu beachten. Für Aufnahmeländer mit niedrigen und mittleren Einkommen ist es beispielsweise oft nicht leicht, Menschen auf der Flucht an ihren Sozialsystemen teilhaben zu lassen, weil die Ressourcen selbst für die eigene Bevölkerung knapp sind.

Dazu kommt die ungleiche Verteilung: Reiche Geberländer nehmen häufig deutlich weniger Flüchtlinge auf als Entwicklungsländer. Außerdem halten sie sich selbst nicht immer an die Genfer Flüchtlingskonvention – man denke nur an die Diskussion um illegale Rückweisungen von Asylsuchenden an den EU-Außengrenzen (siehe Interview mit Gerald Knaus ab Seite 19 in dieser Ausgabe). Dadurch sehen sich reiche Industrieländer schnell dem Vorwurf der Doppelmoral ausgesetzt. Regierungen von Entwicklungsländern, die besonders viele Flüchtlinge aufnehmen, befürchten wiederum häufig politische und wirtschaftliche Risiken.

Internationale Akteure, darunter die Weltbank und UNHCR sowie einige der Geberländer, setzen gleichwohl zunehmend auf das Instrument der anpassungsfähigen sozialen Sicherung – dort, wo der Staat nicht Konfliktpartei ist und diskriminierungsfreien Zugang zu sozialen Sicherungssystemen erlaubt. Die ohnehin nicht hinreichenden Mittel lassen sich aller Annahme nach kostengünstiger und bedarfsgerechter verteilen, wenn für



Flüchtlinge aus Afrika im türkischen Izmir.

Menschen auf der Flucht schon bestehende nationale Systeme genutzt werden und kein paralleles System entsteht. Außerdem bieten sich langfristige Integrationsmöglichkeiten.

Um Aufnahmeländer zu unterstützen, braucht es in erster Linie stärkere soziale Sicherungssysteme. Soziale Sicherung muss mehr Menschen mit bedarfsgerechter Unterstützung erreichen und auf robusten Systemen aufbauen. Damit können nicht nur Fluchtursachen gemindert, sondern auch eine Grundlage für gemeinsames Handeln in Krisen geschaffen werden. Beispielsweise können die Geber die Finanzierung bereitstellen, während nationale Systeme die Registrierung und Datenverwaltung verantworten. Auf diese Weise werden etwa über ein EU-finanziertes Programm in der Türkei monatlich mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge versorgt.

Damit soziale Sicherungssysteme für Menschen auf der Flucht gut funktionieren, müssen sie auf unterschiedliche Bedarfe und Zielgruppen vorbereitet sein. Verträge mit Finanzdienstleistern müssen beispiels-

weise so gestaltet sein, dass diese den Auszahlungsbetrag flexibel erhöhen und wieder verringern können. Es muss klar sein, welcher Identitätsnachweis für den Erhalt von sozialen Sicherungsleistungen notwendig ist und welche Alternativen es für Menschen auf der Flucht gibt, deren Dokumente verloren gegangen sind. Auch die Frage der Erreichbarkeit ist wichtig: Mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge befinden sich in urbanen Gebieten, oft in informellen Siedlungen. Sie sind durch Behörden und internationale Akteure deutlich schwerer zu erreichen als Bewohner von Camps.

Von Land zu Land können sich die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten stark unterscheiden, deshalb steckt der Teufel im Detail. Wenn aber die Akteure die politisch-ökonomischen Umstände der jeweiligen Region im Blick behalten und es ihnen gelingt, zwischen verschiedenen Systemen und Zuständigkeiten Brücken zu schlagen, können soziale Sicherungssysteme langfristig helfen, die Ursachen und Folgen von Flucht deutlich zu mindern.

LITERATUR

UNHCR Global Trends – Forced displacement in 2020:

<https://www.unhcr.org/60b638e37/unhcr-global-trends-2020>

Bericht der Fachkommission Fluchtursachen der Bundesregierung, 2021: Krisen vorbeugen, Perspektiven schaffen, Menschen schützen. Frankfurt am Main, Zarbock.



MAREN SUCHTA-PLATZMANN

ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Beraterin für soziale Sicherung für die GIZ.

Sie und ihr Co-Autor äußern hier ihre persönliche Meinung.

msep.work@gmail.com



AMÉDÉ SCHMITZ

ist Sozialwissenschaftler mit Fokus auf internationale Migration. Er arbeitet als Berater im Bereich Flucht und

Vertreibung für die GIZ.

amede.schmitz@gmail.com

Fachkommission Fluchtursachen

In Deutschland beschäftigte sich von 2019 bis 2021 ein unabhängiges Gremium von 24 WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen mit dem Thema Flucht und irreguläre Migration – die von der Bundesregierung berufene, unabhängige Kommission „Fluchtursachen“. Ihre Aufgabe: der Regierung Handlungsempfehlungen zu geben, um Ursachen für Flucht und irreguläre Migration zu mindern und Staaten, die Menschen auf der Flucht aufnehmen, zu unterstützen.

Im Mai 2021 stellte die Kommission ihren Bericht vor. Direkte Ursachen, die Menschen in die Flucht und irreguläre Migration treiben, sind demnach das Versagen von Regierungen und staatlichen Institutionen weltweit, wirt-

schaftliche und soziale Perspektivlosigkeit sowie Konflikte und Verfolgung. Dazu kommen indirekte Gründe wie Umweltzerstörung, Klimawandel und demographischer Wandel.

Der deutschen Bundesregierung empfiehlt sie, eine ressortübergreifende Strategie bei der Bekämpfung von

Fluchtursachen konsequenter zu entwickeln und leistungsfähige staatliche Institutionen in den Partnerländern zu unterstützen. Diese Empfehlungen reihen sich in den internationalen Trend ein, zunehmend ganzheitlich und ressortübergreifend auf Krisen und ihre Bewältigung zu schauen.

Auch dem Thema soziale Sicherung räumt die Kommission einen wichtigen Platz ein. Sie

schlägt vor, Deutschland solle den Aufbau von anpassungsfähigen sozialen Sicherungssystemen in Herkunfts- und Aufnahmeländern vorantreiben, indem sie gezielt technische Begleitung und finanzielle Ressourcen dafür bereitstellt.

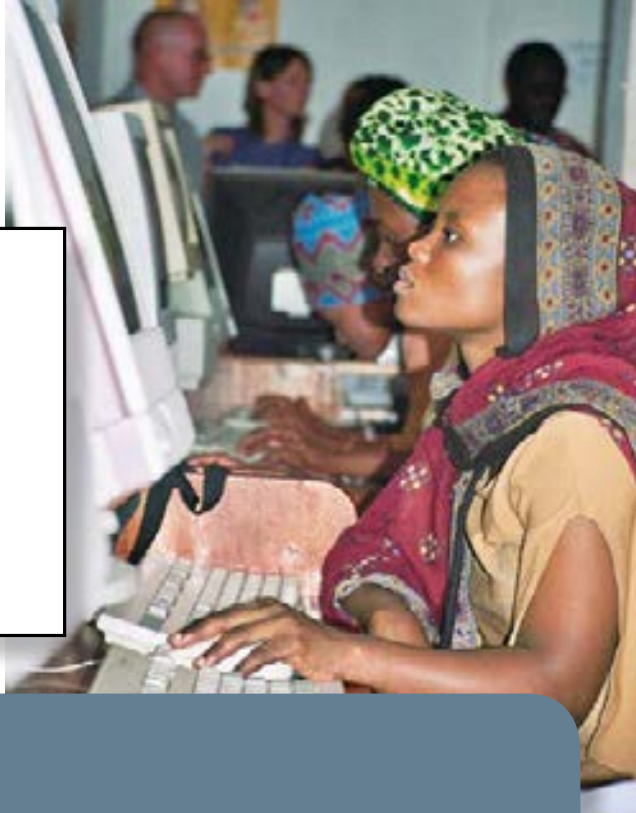
Das Wirkungsgefüge ist jedoch komplex und langwierig. Deshalb wird die deutsche Entwicklungszusammenarbeit einen langen Atem und die im Bericht angemahnte politische Strategiefähigkeit brauchen, um die Ursachen für Flucht zu reduzieren. Das Potenzial ist allerdings ohne Zweifel da: Deutschland gilt als Mutterland der sozialen Sicherung und etabliert sich gerade international als Partner für den Aufbau sozialer Sicherungssysteme. Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP verspricht in dieser Hinsicht noch mehr zu tun.

AS, MSP



Vorstellung des Berichts der Fachkommission Fluchtursachen im Mai 2021 mit den Vorsitzenden Bärbel Dieckmann (links) und Gerda Hasselfeldt sowie Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU).

**Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu**



Navigation icons: X, -, +

Address bar: www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
Über E+Z Strukturen: Digitalisierungs- Strategie | English

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

SUBSANSARA-AFRICA MENA SÜDASIEN SÜDOSTASIEN LATINAMERIKA BLOG

WIE SAU DIE POLITISCHEN VERHÄLTNISSE

„Es gibt machbare, humane Lösungen“

1.3.18

Digitale Monatsausgabe

E+Z

Migration unter Zwang

Gratis PDF-Download

LANDWIRTSCHAFT UND BIODIVERSITÄT

SOZIAL MEDIA

Aktuelle Blog-Beiträge

- 13.11.2017 - von Wajid Ali und Saba
- 09.11.2017 - von Wajid Ali und Saba

Folgen Sie uns

Facebook, Twitter, RSS, YouTube, LinkedIn

18.11.2017 - von Saba und Wajid
Das Trilemma der Landwirtschaft entschärft

13.11.2017 - von Wajid Ali und Saba
When the music stops